

21/1998

Generalsekretär Peter Hintze:

Für den Aufschwung – gegen den Niedergang

97 Tage vor der Wahl haben wir im Parteipräsidium und im Bundesvorstand über die Wahlkampfplanung für die Sommerzeit und für die heiße Phase des Wahlkampfes gesprochen, die wir am 23. August mit einer zentralen Kundgebung in der Dortmunder Westfalenhalle einläuten werden.

Im Mittelpunkt unseres Wahlkampfes stehen

- die Kanzlerentscheidung,
- das Zukunftsprogramm und
- die Richtungsentscheidung.

Deutschland muß entscheiden, wem es sich auf dem Weg durch die Zeitenwende anvertraut.

Es geht um das Zukunftskonzept: Was hat zu geschehen, damit wir im Prozeß der Globalisierung unseren Spitzenplatz halten und ausbauen können.

**Pressekonferenz am 22. Juni
im Konrad-Adenauer-Haus**

Es geht um eine kristallklare Richtungsentscheidung zwischen der politischen Mitte, die wir repräsentieren, und einem Linksbündnis aus Rot-Grün und Dunkelrot zwischen Sozialdemokraten, Grünen und möglicherweise der stillen oder offenen Beteiligung der PDS.

Herr Schröder hat bei seiner Wahlkampföffnung für Mecklenburg-Vorpommern das Blaue vom Himmel

Fortsetzung auf Seite 3

HEUTE AKTUELL

• Arbeitsmarkt

Matthias Wissmann: 600.000 weniger Arbeitslose innerhalb der letzten vier Monate. Seite 5

• Neue Länder

Bundeskanzler Helmut Kohl: Der Aufbau Ost kommt voran und gewinnt an Schwung. Seite 13

• Renten

Änderungen zum 1. Juli 1998 im Sozialbereich. Seite 22

Rita Süsmuth: Wir verbessern die Lage von Müttern und Vätern. Seite 26

• Kurz & bündig

ARGUMENTE: Die Auswirkungen der Rentenreform 1999. Seite 37

• Dokumentation

Bundeskanzler Helmut Kohl: Die Einigung Europas ist die einzig wirklich dauerhafte Garantie für Frieden und Freiheit. Regierungs-erklärung. Grüner Teil

• UiD Extra

Die Reden von Vera Lengsfeld und Rainer Eppelmann in der Bundestagsdebatte über den Abschlußbericht der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur“. Innenteil

Kurz & gut

Nach zirka vier Monaten

werden in der Regel rund 30 Prozent der Beschäftigten bei Zeitarbeitsfirmen abgeworben. Danach haben deren Mitarbeiter - 180.000 in 1997 - gute Chancen, über die Zeitarbeit zu einem unbefristeten Arbeitsvertrag zu kommen.

Immer noch goldenen Boden

hat trotz Krise in der Bauwirtschaft das Handwerk. Mit seinen über 600.000 Ausbildungsplätzen in 1997 und weiteren 230.000 Lehrverträgen in diesem Jahr bietet diese Branche gute Berufschancen für die Zukunft. Um 50 Prozent liegt die Zahl handwerklicher Konkurse deutlich unter der Pleitenrate aller anderen Bereiche.

15.000 Neueinstellungen

plant in diesem Jahr die Adam Opel AG, Rüsselsheim. Im vergangenen Jahr hat der Automobilhersteller bereits 1.239 neue Mitarbeiter eingestellt. Gesamtpersonalstand zum 31. Dezember 1997: 44.479.

Neue Rekorde

steuert in diesem Jahr die deutsche Exportwirtschaft an. In den ersten vier Monaten stieg der Ausfuhrwert um 15,3 Prozent auf einen neuen Höchstwert von 318,2 Milliarden Mark. Bei Einfuhren in Höhe von bisher 276,1 Milliarden ergibt das einen Ausfuhrüberschuß von 42,1 Milliarden Mark.

90 Prozent der Deutschen

sprechen sich nach einer Allensbach-Umfrage für den Aufbau einer Gen-Datenbank aus, mit der man Gewaltverbrechen effektiver als bisher bekämpfen kann. Die Zustimmung geht quer durch die Bevölkerung. Nur vier Prozent sind dagegen.

Ostdeutsche Wirtschaft auf deutlichem Wachstumskurs

● März/April übertraf die Produktion den Vorjahreswert um 14,5%. Die Auftragsgänge übertrafen den Vorjahreswert sogar um 18,7%.
● Bereits 1997

verzeichnete die ostdeutsche Industrie einen Exportzuwachs von 26%. ● Die Anlageinvestitionen je Erwerbstätigen sind 61,5% höher als in den

alten Bundesländern. ● Zwischen 1991 und 1997 wurden in den neuen Bundesländern rund 320.000 zusätzliche, am Markt tatsächlich tätige Unter-

nehmen gegründet. Insgesamt gibt es jetzt über 522.000 mittelständische Unternehmen mit 3,2 Millionen Beschäftigten.
● Im Mai sank

die Arbeitslosenquote auf 18,1%. Das ist ein Rückgang um 1,3 Prozentpunkte gegenüber April und der bisher stärkste Rückgang in einem Monat Mai.

DAS WICHTIGSTE DER WOCHE AUF EINER SEITE

NR. 21

Trittins Ausfälle gegen die Bundeswehr sind symptomatisch für dessen abgrundtiefe Abneigung gegenüber unserer Republik und ihren Institutionen.

Paul Breuer, verteidigungspolitischer Sprecher der CDU/CSU

Bundeskanzler Helmut Kohl: Die Bundestagswahl ist auch eine Entscheidung über den Kurs in Europa

Der europäische Einigungsprozeß wird mit Sicherheit nur dann erfolgreich sein, wenn dieses Europa von den Menschen akzeptiert wird. Die Menschen müssen spüren, daß das Haus Europa ein Haus der gemeinsamen Zukunft sein wird.

Wir müssen uns also folgenden Fragen stellen:

● Wie kann eine erweiterte Europäische Union ihre Handlungsfähigkeit nach innen und außen verbessern?

● Wie kann sie zugleich ihre demokratische Verantwortung verstärken und ihre Bürgernähe verbessern?

Das Ziel ist, die Kompetenzen der Europäischen Union klarer und unter konsequenter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips gegenüber den kommunalen, regionalen und nationalen Zuständigkeiten abzugrenzen. Vor allem geht es ganz einfach darum, daß die Menschen Fragen nach ihrer Identität stellen: Bin ich ein Deutscher in Europa? Die großartige Formulierung von Thomas Mann "Ich bin ein deutscher Europäer und ein europäischer Deutscher" ist sicherlich die Richtschnur für den Weg, auf den wir uns begeben - zumal dann, wenn wir begreifen, daß das Gefühl für Heimat, die Zugehörigkeit zu einer überschaubaren Region heute zunehmend an Bedeutung gewinnt.

Dieses Europa darf nicht fern von den Menschen sein, sondern die Menschen müssen sehen, daß in Brüssel oder Straßburg nur das entschieden wird, was man dort am besten entscheiden kann; daß im nationalen Bereich in Bonn - und später in Berlin -

Aus der Regierungserklärung des Bundeskanzlers zu Cardiff

das entschieden wird, was dort für Deutschland am besten und bürgernah entschieden werden kann; und daß in den Landeshauptstädten - ob in München oder in Düsseldorf - das entschieden wird, was dort in Sachen Landespolitik am besten entschieden werden kann.

Alles deutet darauf hin, daß die deutsche Präsidentschaft in diesem Zusammenhang eine ganz große Bedeutung gewinnt. Kurz vor den Wahlen zum Europäischen Parlament wird eine wichtige Kursbestimmung vorgenommen.

Deswegen muß jeder in Deutschland wissen, daß auch bei der Wahl zum Deutschen Bundestag mit über die Kursbestimmung entschieden wird, die dann in Europa stattfindet.

Ein "Bündnis für Kinder"

gegen Gewalt und sexuelle Übergriffe hat Helmut Kohl auf einer Kinderschutzkonferenz im Bundeskanzleramt gefordert. Die "Gutmütigen in unserem Land" sind aufgerufen, sich zu engagieren. Niemand dürfe weg-

sehen, wenn Kinder in Gefahr geraten. Von Eltern, Nachbarn, Lehrern muß das Bündnis bis zu den neuen Medien reichen. Ohne deren Hilfe - nur auf gesetzlichem Weg - lassen sich die auftretenden Probleme nicht lösen.

Auf dem Holzweg

sieht der Vorsitzende des Parlamentskreises Mittelstand, Hans-Jürgen Doss, DGB-Chef Schulte mit seiner Forderung, die Wochenarbeitszeit auf 25 Stunden zu verkürzen, um Arbeitsplätze zu schaffen. Deutschland habe be-

reits weltweit die kürzesten Arbeitszeiten, und in den vergangenen Jahren sei die Arbeitsdauer zudem kontinuierlich kürzer geworden. Wäre die DGB-These richtig, dann hätte die Arbeitslosigkeit längst sinken müssen.

Fortsetzung von Seite 1

versprochen. Die Menschen in den neuen Ländern werden sich aber dran erinnern, daß er mit seinem kalten Nein zur Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion im Juni 1990 die Solidarität verweigert hat, die er jetzt so wortreich zusagt. Seine Taten entlarven seine Worte als Lippenbekenntnisse.

Zu den Bündnispartnern der SPD

Die Grünen, die mit ihrem jetzt mühsam kaschierten Benzinpreishammer gezeigt haben, wo es langgeht, sind die potentiellen Bündnispartner der SPD.

Der schäbige und schändliche Vergleich unserer Bundeswehr mit der Nazizeit durch den Vorsitzenden der Grünen, Trittin, macht deutlich, wessen Geisteskind die Grünen sind: Uralt-Rote jedenfalls mit ihren wichtigsten Funktionsträgern. Sie zeigen, welches Risiko Deutschland laufen würde, wenn eine Verbindung von Sozialdemokraten mit Grünen die Oberhand bekäme.

Der zweite Koalitionspartner der SPD ist allen Worten von Herrn Schröder zum Trotz die PDS.

Es gibt eine direkte Absprache in Sachsen-Anhalt. Es sind Bündnisse in den anderen ostdeutschen Bundesländern angekündigt. Wir zweifeln keine Sekunde daran, daß Schröders wiederholte Beteuerungen, er werde nicht mit der PDS kooperieren, ein festes Verfallsdatum haben, nämlich für den Fall, daß es für Rot-Grün-Dunkelrot am 27. September mit einer Stimme zur Mehrheit reichen würde.

Genau in diesem Zusammenhang fahren wir unsere Rote-Hände-Kampagne, die an den historischen Händedruck erinnert, an den erzwungenen Zusammenschluß von KPD und SPD zur SED, aber auch an den freiwilligen Händedruck zwischen Herrn Höppner und Frau Sitte, der eine neue Zu-

sammenarbeit zwischen der SPD und den Kommunisten einleitet.

Die PDS ist eine geschlossene Phalanx gegen unser Wirtschafts- und Gesellschaftssystem und eine Großorganisation gegen das Gelingen der deutschen Einheit.

Wir wissen, daß die große Mehrheit der SPD-Wählerschaft nicht so denkt. Deswegen schmerzt das Plakat vom roten Händedruck die SPD auch so sehr. Die Wähler sollen im Vorfeld der Bundestagswahl wissen, welche politische Konstellation sie zu erwarten haben.

Wir wollen in den kommenden Wochen eine große Sommer-Kampagne machen, die den Aufschwung zum Thema hat. Die Kampagne dokumentiert eine wirtschaftliche Belebung des Landes, die den Arbeitsmarkt erreicht. Wir wollen zeigen: Die Jobmaschine in Deutschland ist angesprungen, und die Menschen haben wieder reelle Chancen und gute Aussichten. Die Wahlentscheidung am 27. September wird die Entscheidung für Aufschwung statt Niedergang sein. Wir sind der Überzeugung, daß die Konzepte von Rot-Grün zum wirtschaftlichen und sozialen Niedergang in Deutschland führen würden.

In den neuen Ländern werden wir Anfang Juli eine Informationsoffensive starten, die deutlich macht, was in den Jahren seit der deutschen Einheit durch den Fleiß und die Umstellungsbereitschaft der Menschen, aber auch durch die Leistung des Bundeskanzlers, der Bundesregierung und der CDU-Ministerpräsidenten erreicht worden ist.

Wir haben dazu die „Neue Berliner Illustrierte“ (NBI) in einer einmaligen Sonderausgabe noch einmal aufleben lassen, um damit zu veranschaulichen, was sich seit dem Einstellen dieses Blattes, der damals einzigen Illustrierten der DDR, verändert hat, wie wir durch unsere Politik die neuen Länder zum Blühen gebracht haben und wie sich diese Entwicklung jetzt fortsetzt. ►

Wir sagen: 80 Prozent der Wegstrecke sind geschafft. Und: Die letzten 20 Prozent werden wir auch noch schaffen.

Dafür steht wie kein anderer in der deutschen Politik der deutsche Bundeskanzler, dafür stehen die CDU-Ministerpräsidenten, dafür steht die CDU als die Partei der deutschen Einheit.

Die Illustrierte wird eine Auflage von 6,5 Millionen haben, und sie wird an alle ost-deutschen Haushalte verteilt werden.

Wir werden uns in diesem Wahlkampf natürlich auch mit der Frage des Geldes beschäftigen. Natürlich erwarten die Menschen, das ist gerade aus Anlaß des 50. Geburtstages der D-Mark deutlich geworden, stabiles und sicheres Geld.

● Daß die Sozialdemokraten die Partei der Geldentwertung sind, haben in ihrer Regierungszeit mit hohen Inflationsraten Brandt und Schmidt gezeigt.

● Daß wir die Partei der Geldwertstabilität sind, haben wir eindrucksvoll bewiesen. Deshalb werden die Wählerinnen und Wähler auch am ehesten von uns erwarten, daß der EURO eine harte und stabile Währung wird.

Zur Vorstellung der sozialdemokratischen Mannschaft:

Die erste der Alternativen, die uns die Sozialdemokraten für den Fall eines rot-grünen Erfolges androhen: ein Mann, dessen Umgang mit den Finanzen im eigenen Land nur Kopfschütteln auslöst, Oskar Lafontaine. Wenn dieser Mann die Finanzen in Deutschland in die Hand bekommt, wird der Bock zum Gärtner gemacht.

Auf der anderen Seite steht Theo Waigel: ein internationaler Fachmann, der den Maastrichter Vertrag so beeinflusst hat, daß ganz Europa über eine Stabilität und Härte des Geldes verfügt, von der andere Länder und Kontinente nur träumen können.

Die Benennung von Otto Schily für die innere Sicherheit kann nur ein schlechter Witz sein. Was Otto Schily in diesem Bereich bisher von sich gegeben hat, kann die Deutschen nur erschrecken. Er wäre für die Innenpolitik zuständig und damit auch für das Ausländerrecht. Wenn Schily dem Ausländerzuzug aus kulturellen Gründen das Wort redet, dann können wir nur hoffen, daß das viele Deutsche vor der Wahl erfahren. Seine Einstellung ist jedenfalls mit unserem Verständnis von Kultur nicht zu vereinbaren.

Auf der anderen Seite steht Manfred Kanther: ein Mann, dessen Engagement für die wichtige Aufgabe der Verbrechensbekämpfung keinen Vergleich zuläßt.

Die Berufung von Frau Edelgard Bulmahn kann nur als Ausdruck allerhöchster Hilflosigkeit in den Reihen der SPD verstanden werden.

Unter Jürgen Rüttgers ist Deutschland wieder Nummer eins bei den Weltmarktpatenten geworden. Es geht voran bei der Forschung, es geht voran in der Bildung, er hat eine Bildungsreform in Gang gesetzt, die die Voraussetzung für die Zukunftsfähigkeit Deutschlands ist.

Was schließlich Herrn Stollmann angeht, so laden wir ihn herzlich zu einer Sach- und Fachdiskussion mit Matthias Wis-smann ein.

Was wir von ihm bisher gehört haben, läßt nur den Schluß zu: Er muß sich beim Aufbruch in die Zukunft in der Richtung ver-tan haben.

Einladung zur Grundsteinlegung

Am 20. August wird in Berlin der Grundstein der neuen CDU-Bundesgeschäftsstelle gelegt. Der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, das gesamte Parteipräsidium wird daran teilnehmen und mit einer kleinen Feiern den Umzug der CDU nach Berlin einleiten.

600.000 weniger Arbeitslose innerhalb der letzten 4 Monate

Der wirtschaftspolitische Sprecher des Bundesvorstands, Bundesminister Matthias Wissmann, zur wirtschaftlichen Lage und zur Lage auf dem Arbeitsmarkt:

In diesem Jahr wird Deutschland mit 2,5 % bis 3,0 % die höchste Wachstumsrate aller OECD-Staaten erzielen. Damit wird deutlich: Der Aufschwung hat auf breiter Front eingesetzt und schlägt jetzt auch auf die Binnenkonjunktur durch. Dies hat auch die Deutsche Bundesbank in ihrem jüngsten Bericht festgestellt.

Im ersten Quartal dieses Jahres hat das reale Bruttoinlandsprodukt in Deutschland um 3,8 % zugenommen. Dies ist das höchste Wachstum seit der Wiedervereinigung!

Auch wenn Sondereinflüsse wie z. B. vorgezogene Käufe vor der Mehrwertsteuererhöhung zum 1. April 1998 zu dieser positiven Entwicklung beigetragen haben mögen, zeigt dies doch, daß die Bundesregierung mit ihrer Einschätzung im Jahreswirtschaftsbericht auf der sicheren Seite liegt: Wir gehen davon aus, daß das BIP in diesem Jahr um durchschnittlich 2 1/2 % bis 3 % wachsen wird.

Hervorzuheben ist insbesondere, daß das Wachstum des BIP vor allem in den neuen Bundesländern wieder Fahrt aufgenommen hat. Während im letzten Quartal des alten Jahres die Wirtschaftsentwicklung in den neuen Ländern mit lediglich 0,8 % noch deutlich hinter den alten Ländern mit 2,6 % zurückgeblieben war, haben sie jetzt mit 4 % deutlich aufgeholt und liegen sogar leicht über dem Wachstum der alten Länder von 3,8 %.

Wichtig ist, daß die positive Wirtschaftsentwicklung ohne inflationäre Störungen abläuft: Die Preissteigerungsrate liegt im

Mai nach ersten Berechnungen mit 1,2 % – trotz Mehrwertsteuererhöhung – auf historisch niedrigem Niveau. Eine niedrige Preissteigerungsrate ist nicht nur die beste Sozialpolitik, sondern auch beste Konjunkturpolitik, denn 1 % weniger Inflation bedeutet einen Kaufkraftgewinn von 18 Mrd. DM pro Jahr!

Zur günstigen Konjunkturentwicklung tragen nun – wie erwartet – nicht mehr nur der Export, sondern zunehmend auch die Nachfrage aus dem Inland bei. Dabei bleibt der Export tragende Säule der wirtschaftlichen Entwicklung. Im ersten Quartal dieses Jahres betrug der Exportzuwachs 13,4 %! Nachdem die Leistungsbilanz bereits im vergangenen Jahr erstmals seit der Wiedervereinigung wieder nahezu ausgeglichen war, erwarten wir für dieses Jahr wieder einen Überschuß.

Die Auslandskonjunktur springt jetzt aber deutlich auf die Inlandsnachfrage über. Insbesondere die Ausrüstungsinvestitionen haben kräftig angezogen.

Dies ist auch entscheidend für die Entwicklung am Arbeitsmarkt, denn mehr Investitionen bedeuten mehr Arbeitsplätze.

Zwar sind wir im Hinblick auf die Entwicklungen am Arbeitsmarkt noch längst nicht aller Sorgen ledig, aber daß die gute Konjunkturentwicklung sich jetzt auch am Arbeitsmarkt niederschlägt, ist nicht mehr zu übersehen.

Die Zahl der Arbeitslosen ist im Mai gegenüber dem Vormonat erneut deutlich um über 220.000 Personen zurückgegangen. Dies ist mit Abstand die stärkste Verminderung zwischen April und Mai seit der Wiedervereinigung. Damit ist die Arbeitslosigkeit erstmals seit Sommer 1995 für

ganz Deutschland gegenüber dem Vorjahr kräftig gesunken. Die Arbeitslosenquote liegt jetzt bei 10,9 %.

In Westdeutschland ist der Durchbruch erreicht. Hier sank die Arbeitslosenzahl zwischen Ende April und Ende Mai um rd. 127.000. Damit ist innerhalb der letzten 4 Monate die Zahl der Arbeitslosen um über 600.000 zurückgegangen!

Auch für Ostdeutschland bestätigen sich unsere Erwartungen: Erneut sank auch hier die Zahl der Arbeitslosen, und zwar um rd. 97.000 Personen. Dieser Rückgang ist wesentlich kräftiger als für die Jahreszeit üblich. Die Arbeitslosenquote ist gegenüber Februar um 3,2 % gesunken und liegt jetzt bei 18,1 %. Es kann davon ausgegangen werden, daß auch hier eine deutliche Trendwende bevorsteht.

Unsere positiven Erwartungen für den Arbeitsmarkt werden durch die Ankündigungen der Wirtschaft gestützt, die von einem dauerhaften Aufschwung überzeugt ist und wieder neue Arbeitskräfte einstellt. So will z. B. die Metall- und Elektroindustrie 1998 mindestens 50.000 Menschen neu einstellen, Siemens 10.000, Daimler Benz 5000, BMW 1000, Lufthansa 3500, SAP und VW je 3000, die Commerzbank 1000.

An diesem Kurs werden wir festhalten und die strategisch wichtigen Themen der nächsten Jahre beherzt anpacken:

1. Wir brauchen die große Steuerreform mehr denn je. Sie ist das Kernstück unserer Reformpolitik. Wir werden deshalb alles daran setzen, politische Mehrheiten dafür zu gewinnen, daß die Reform der Einkommens- und Unternehmensbesteuerung unmittelbar nach der Bundestagswahl so schnell wie möglich in Kraft treten kann.

2. Wir müssen die sozialen Sicherungssysteme weiter reformieren und auch künftig auf eine solide Grundlage stellen.

Unser Ziel ist die Senkung der Sozialabgabenquote innerhalb der nächsten Legislaturperiode auf unter 40 %.

3. Wir brauchen eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes. Die Aufnahme bezahlter Arbeit muß sich wieder lohnen, nicht zuletzt für Empfänger von Sozialhilfe oder Arbeitslosenhilfe. Wir wollen insbesondere für Geringqualifizierte oder Menschen, die den Anschluß an den Arbeitsmarkt verloren haben, wieder neue Perspektiven für Beschäftigung und die Wiedereingliederung in das Arbeitsleben eröffnen.

4. Neue Wege müssen auch in der Tarifpolitik beschritten werden. Daher brauchen wir unterhalb der Ebene der branchen- und flächenbezogenen Tarifverträge noch mehr Spielraum für Tarifvereinbarungen, die den Belangen der einzelnen Unternehmen Rechnung tragen. In Frage kommen insbesondere der Ausbau von befristeten Arbeitsverhältnissen, Einstiegstarife für Geringqualifizierte, ein stärker branchen- und regionspezifisch orientiertes Tarifvertragssystem sowie ein massiver Ausbau der beruflichen Weiterbildungssysteme.

5. Klar ist für die Bundesregierung, daß mehr private und weniger staatliche Betätigung die Wirtschaftsdynamik beschleunigt. Daher müssen die Staatsaufgaben auch weiterhin nach und nach auf ihren Kern reduziert und muß durch Privatisierungen und Öffnung regulierter Märkte mehr Freiraum für privates Engagement geschaffen werden. Unser Ziel ist, die Staatsquote bis zum Jahr 2000 wieder auf höchstens 46 % zu reduzieren.

Angesichts dieser konkreten Aufgabenstellungen, die sich die Bundesregierung für die nächste Legislaturperiode vorgenommen hat, müssen sich die SPD, ihr Kanzlerkandidat Schröder sowie der neue Wirtschaftsexperte und Schatten-Wirt-

schaftsminister Stollmann fragen lassen, welche Positionen sie diesem Konzept entgegensetzen wollen.

Es ist zu begrüßen, daß mit Herrn Stollmann die Position des wirtschaftspolitischen Experten der SPD nun endlich besetzt ist. Die Besetzung der Expertenposition mit einem Unternehmer läßt immerhin interessante Vorschläge erwarten.

Die Bürger unseres Landes haben einen Anspruch darauf, zu erfahren, welche wirtschaftspolitische Konzeption sie von einem Wirtschaftsminister Stollmann zu erwarten haben. Zu den wichtigen Zukunftsthemen muß er jetzt klar und deutlich Position beziehen:

- 1.** Wie steht es mit dem steuerpolitischen Konzept der SPD?
 - Der saarländische Ministerpräsident fordert einen Spitzensteuersatz von 49 % und will von Steuersenkungen, wie er letzte Woche vor dem Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie sagte, wenig wissen.
 - Der Kanzlerkandidat sagt nichts Konkretes zur Steuerpolitik und versteckt alles hinter dem sogenannten Finanzierungs-Vorbehalt.
 - Der neue NRW-Ministerpräsident hat bereits jeden beliebigen Steuersatz zwischen 40 und 45 % gefordert.
 - Und der Schatten-Sozialminister überlegt sogar, zur Finanzierung seiner Rentenpläne gleich ganz auf die Steuerreform zu verzichten.
- Insgesamt würde eine Steuerreform nach dem SPD-Wahlprogramm mit einer Abschaffung von Sonderregelungen ohne gleichzeitige deutliche Senkung der Steuersätze zu einer Mehrbelastung der Wirtschaft in Höhe von rd. 42 Mrd. DM führen.
- 2.** Fragwürdig bleibt vor diesem Hintergrund auch das neue „Mittelstandskon-

zept“ der SPD, denn gerade der Mittelstand ist es, der durch die SPD-Steuerreformpläne besonders belastet würde bzw. dessen Entlastung durch die von uns geplante große Steuerreform die SPD im Bundesrat verhindert hat. Freiberufler und Selbständige sollen erstmals überhaupt gewerbesteuerpflichtig werden.

3. Die SPD-Forderung nach einem Rückzug des Staates steht nur auf dem Papier, denn tatsächlich wollen SPD und Grüne zusammen acht neue Steuer- und Abgabenarten einführen: nationale Energiesteuer, Kerosinsteuer, Devisensteuer, Vermögenssteuer, Schwerverkehrsabgabe, Lastenausgleichsabgabe, Ausbildungsabgabe und Mindeststeuer.

4. Die von der SPD angekündigte Rücknahme so wichtiger Reformschritte wie bei der Renten- und Gesundheitsreform oder der Lohnfortzahlung würde alle Erfolge bei der Stabilisierung und Rückführung der Beitragsbelastung der Bürger und der Entlastung der Unternehmen bei den Lohnnebenkosten wieder rückgängig machen und auf Jahre hinaus eine hohe Sozialabgabenquote festschreiben oder sie sogar noch steigen lassen.

5. Auch beim Thema „neue Technologien“ ist die Position der SPD und insbesondere ihres Kanzlerkandidaten nicht festzumachen: Wie SPD und Kanzlerkandidat z.B. zum Transrapid stehen, ist offen: Am einen Tag dafür, am nächsten bereits wieder dagegen. Ein solches Verhalten schafft keine verlässliche Basis für die Investitionsentscheidungen unserer Unternehmen. Daher habe ich Herrn Stollmann zu einem öffentlich geführten Gespräch über die wirtschaftspolitischen Konzeptionen von CDU und SPD für die kommenden Jahre eingeladen. ■

Die Erfolgsgeschichte der D-Mark mündet ein in die Erfolgsgeschichte des EURO

Bundeskanzler Helmut Kohl hat die Währungsreform vom 20. Juni 1948 als ein Schlüsselereignis für Deutschland nach dem Krieg bezeichnet. Für die meisten Deutschen sei die D-Mark heute Symbol für 50 Jahre Frieden, Freiheit und Stabilität in Wohlstand. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges habe die D-Mark den Deutschen geholfen, wieder ein Stück Identität zu finden. Der 20. Juni 1948 markiere damit eine neue Epoche der deutschen Geschichte.

Die Menschen hätten die Vorteile der neuen Währung über Nacht anhand der vollen Schaufenster erkennen können. Schwarzmärkte und Zigarettenwährung seien mit einem Schlag bedeutungslos geworden.

Im Rückblick auf die fünfziger Jahre würde heute oft von einem Wirtschaftswunder gesprochen. In Wahrheit sei es allerdings kein Wunder gewesen, sondern das Resultat des vorbildlichen Einsatzes der Gründergeneration, unterstützt durch die umfangreiche Hilfe durch den Marshall-Plan. Die Deutschen schuldeten den Amerikanern für ihre großzügige Unterstützung bleibenden Dank, so der Bundeskanzler.

Der Wiederaufstieg des Landes sei untrennbar mit dem Namen Ludwig Erhard verbunden. Sein konsequentes Eintreten für die Soziale Marktwirtschaft habe hierfür die entscheidende Grundlage geschaffen. Erhard habe von Anfang an die Bedeutung einer stabilen Währung betont. Er habe sich leidenschaftlich dafür eingesetzt, daß die Verantwortung für die Geldpolitik auf eine unabhängige Notenbank übertragen wurde.

Natürlich habe es in den vergangenen Jahrzehnten Situationen gegeben, in denen die Interessen der Notenbank und der Politik voneinander abgewichen seien, so der Bundeskanzler. Doch es sei unbestreitbar, daß sich die Unabhängigkeit der Bundesbank und ihr unermüdlicher Einsatz für die Stabilität des Geldes für unser Land ausgezahlt haben. Der Bundeskanzler dankte allen, die dazu beigetragen haben. Angesichts der Erfolgsstory der D-Mark äußerte der Bundeskanzler Verständnis dafür, daß viele Deutsche der Einführung

**Bundeskanzler Helmut Kohl
anläßlich des Festakts der
Deutschen Bundesbank
„50 Jahre D-Mark“ am
20. Juni in Frankfurt am Main**

des EURO am 1. Januar 1999 mit gemischten Gefühlen entgegensehen. Er nehme die Ängste und Sorgen der Menschen in West und Ost sehr ernst. Die Einführung des EURO habe nichts mit einer Währungsreform zu tun. Die Einführung sei zudem über einen Zeitraum von zehn Jahren sorgfältig vorbereitet worden. Wichtige Voraussetzungen seien getroffen worden, damit der EURO eine dauerhaft stabile Währung werde.

Der Bundeskanzler erinnerte an die verfassungsmäßige Einhaltung der Konvergenzkriterien, den Stabilitäts- und Wachstumspakt und die unabhängige Europäische Zentralbank mit Sitz in Frankfurt nach dem Vorbild der Bundesbank. Mit Wim

Die Bürgerinnen und Bürger haben einen Anspruch auf den Vergleich

In einem offenen Brief hat Matthias Wissmann den neuen Wirtschaftsexperten im SPD-Wahlkampfteam, Jost Stollmann, zu einem öffentlichen Streitgespräch eingeladen:

Zu Ihrer Berufung als Wirtschafts-experte in das SPD-Wahlkampfteam gratuliere ich Ihnen herzlich.

Sicherlich stimmen Sie mit mir darin überein, daß die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland einen Anspruch darauf haben, die Vorstellungen der großen politischen Gruppierungen

und ihrer Repräsentanten kennenzulernen und insbesondere zu erfahren, wie sie die wirtschaftspolitischen Herausforderungen unserer Zeit bewältigen wollen.

Ich lade Sie daher in meiner Funktion als wirtschaftspolitischer Sprecher des CDU-Bundesvorstandes herzlich zu einem öffentlichen Streitgespräch ein, in dem wir unsere wirtschaftspolitischen Konzeptionen und Überzeugungen diskutieren und einer breiten Öffentlichkeit vorstellen können.

Duisenberg für das Amt des ersten Präsidenten, sei eine hervorragende Wahl getroffen worden. Der Bundeskanzler verwies zudem auf die beispiellose Stabilitätskultur, die sich in Europa in den letzten Jahren entwickelt habe. Er sei sicher, daß die Erfolgsgeschichte der D-Mark in eine künftige Erfolgsgeschichte, die des EURO einmünden werde.

Der Bundeskanzler bezeichnete die Einführung des EURO als säkulares Ereignis, das das Gesicht unseres Landes und unseres Kontinents im 21. Jahrhundert prägen werde. Mit dem Startsignal für den Beginn der Europäischen Währungsunion sei für Deutschland wie auch für Europa insgesamt die wichtigste Entscheidung seit der Wiedervereinigung getroffen worden. Der Bau des Hauses Europa sei Garantie für Frieden und Freiheit. Der Bundeskanzler zeigte sich zuversichtlich, daß die Einführung des EURO der politischen Union neuen Auftrieb geben werde.

Der Bundeskanzler betonte, daß die gemeinsame europäische Währung von grundlegender wirtschaftlicher Bedeutung für unser Land sei. Als zweitgrößte Ex-

portnation der Welt sei es gerade für Deutschland besonders wichtig, die Arbeitsplätze in unserer Exportwirtschaft so gut wie möglich vor Wechselkursrisiken zu schützen. Der Bundeskanzler warnte allerdings davor, den EURO als Patentrezept zu sehen, mit dem unsere Arbeitsmarktp Probleme quasi über Nacht gelöst würden.

Die Arbeitslosigkeit in Deutschland habe überwiegend strukturelle Gründe. Deshalb müsse der Reformkurs konsequent fortgesetzt werden – von allen, die für Wachstum und Beschäftigung Verantwortung trügen: Unternehmen, Tarifpartner, Staat. In der Wirtschaftspolitik nannte der Bundeskanzler als notwendige Ziele die Verwirklichung der großen Steuerreform, den Umbau des Sozialstaates und eine Reform des Bildungswesens.

Zum Abschluß seiner Rede sagte der Bundeskanzler, daß die Deutschen mit Stolz auf das in den vergangenen 50 Jahren Erreichte zurückblicken könnten. Auch mit Blick auf die Zukunft gäbe es an der Schwelle zum 21. Jahrhundert allen Grund zu realisiertem Optimismus. ■

Gerhard Stoltenberg:

Nationale Verantwortung besteht weiter

Es ist sinnvoll, daß wir die Regierungserklärung des Bundeskanzlers nach dem Gipfel der Europäischen Union im Zusammenhang mit einer Reihe von Anträgen der Fraktionen zur wirtschaftlichen Lage – vor allem zur Außenwirtschaftspolitik und zur Globalisierung – diskutieren.

Eine deutsch-französische Initiative hat das Prinzip der Subsidiarität und seine notwendige Konkretisierung erneut in das Zentrum der Beratungen der Union gerückt. Die Zuordnung der Aufgaben an die Gemeinschaft einerseits und an die nationalen Verfassungsorgane und die regionalen Körperschaften andererseits muß immer wieder einmal austariert werden. Die Neubestimmung der Finanzbeiträge der Mitgliedstaaten – und damit ein gerechteres und faireres System – steht nun auf der Tagesordnung. Das ist bereits ein erster und wichtiger Erfolg, denn damit ist von allen anerkannt, daß eine Neuordnung geboten ist.

Keine „Festung Europa“

Seit Ludwig Erhards ersten Initiativen war es immer ein wesentliches Ziel der Bundesrepublik, sich in eine freiheitliche und offene Weltwirtschaft zu integrieren. Dem entsprach auch die schon historische Entscheidung, das Engagement der Deutschen bei der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vor 40 Jahren, daß sie nicht ein abgekapseltes System sein wollte, daß es nicht zu einer „Festung Europa“ gekommen ist, sondern zu einer zunehmenden Öffnung für den weltweiten Austausch von Waren und Dienstleistungen. Das Ja

zum internationalen Wettbewerb, das Ja zur Arbeitsteilung ist Deutschland insgesamt gut bekommen – seiner Preisstabilität, seinen Verbrauchern, seinen Betrieben und seinen Arbeitnehmern. Die letzten Jahre haben dann einen enormen Schub hin zu noch offeneren Weltmärkten, zur sogenannten Globalisierung gebracht. Dieser Schub war vor allem die Folge einer nachhaltigen Innovationsentwicklung, etwa bei den Verkehrstechniken, bei den Informationstechniken und bei der Globalisierung der Finanzmärkte.

Europäischer Rat in Cardiff

Mancher schiebt heute eigenes Fehlverhalten auf den Popanz Globalisierung ab. Stabilität und Fortschritt beginnen aber noch immer zu Hause! Ich möchte auch daran erinnern, daß, global gesehen, die Politik der immer stärkeren Marktöffnung die wirksamste Form der Entwicklungshilfe für viele notleidende Völker der dritten und vierten Welt geworden ist. Wo sollen sie denn ihre Produkte verkaufen, wenn nicht in den wohlhabenden Nationen des Westens? Wie sollen sie die notwendige Kapitalbildung erreichen, wenn nicht mit offeneren Märkten und durch den Transfer von Technologie und Kapital – zum Vorteil ihrer eigenen Entwicklung? Zahlreiche Länder außerhalb Europas haben diese Chancen genutzt. Je konsequenter sie auf Lösungen mit Mitteln der sozialen Marktwirtschaft gesetzt haben, desto bedeutender sind auch ihre Erfolge. Uns helfen keine neuen Stimmungen eines schon recht alten Kulturpessimismus oder einer überzogenen Zivilisationskritik.

Ich möchte daran erinnern, daß vor 20 Jahren Carl-Friedrich von Weizsäcker die kommende Zeit mit dem Begriff der „Weltinnenpolitik“ beschrieben hat. Er hat damals davon gesprochen, die gemeinsame Verantwortung in bezug auf die Menschheitsprobleme, zu denen zunehmend auch bestimmte Aufgaben des Umweltschutzes gehören, werde größer, auch für die armen und notleidenden Völker. Das hat damals bei den Intellektuellen, in den Kirchen und in den Universitäten ein starkes und positives Echo ausgelöst. Jetzt, wo dies in einigen wichtigen Bereichen zunehmend Realität wird, verfallen manche – nicht alle –, die damals klatschten, in Gejammere und Klagen. Dies hilft uns überhaupt nicht; denn wir werden die nicht einfache, aber lohnende Aufgabe, die Strukturen, Mentalitäten und Verhaltensweisen in unserem Land auf diese neuen Bedingungen einzustellen, nur meistern, wenn wir für die Menschen auch klare Zukunftskonzeptionen entwickeln.

Die Politik hat nicht abgedankt

Man muß auch bestimmte falsche Parolen ansprechen. Globalisierung ist keine Abdankung der Politik. Sie ist keine Kapitulation vor dem Großkapital oder den internationalen Konzernen. Allerdings werden die Grenzen der nationalen Politik, auch der nationalen Tarifpolitik, deutlicher. Daraus muß man Folgerungen ziehen.

Die notwendigen Reformen unserer Sozialsysteme stellen keine soziale Demontage, sondern eine erforderliche Anpassung dar, die aus inneren Gründen genauso notwendig ist wie als Zurüstung auf die neuen Bedingungen des weltwirtschaftlichen Wettbewerbs. Soziale Marktwirtschaft erfordert als internationales System auch einen rechtlichen Ordnungsrahmen. Ich bin erstaunt, wenn Professoren, die darüber schreiben, das vergessen haben.

Zu den elementaren Grundsätzen und auch zur Handlungspraxis einer an der sozialen Marktwirtschaft orientierten Politik hat es immer gehört, gegen den Mißbrauch wirtschaftlicher Macht für wirklichen Wettbewerb, für ein offenes Handelssystem und für den Schutz privater Rechte einzutreten. Dies kann in der Tat heute in manchen Bereichen zunehmend nur durch internationale Normen verwirklicht werden. Deswegen war es so wichtig, daß wir die schon genannte Welt handelsorganisation mit erheblichen Kompetenzen ausgestattet haben. Allerdings müssen sich auch alle an ihre Entscheidungen halten. Wenn die Welthandelsorganisation feststellt, daß die gegen die deutsche Stimme in der EU mit Mehrheit beschlossene Bananenverordnung rechtswidrig ist, muß die Europäische Union daraus die Folgerungen ziehen und nicht die Entscheidungen verzögern.

Lehren aus der Asien-Krise

Vor dem Hintergrund, daß die Krise in den ostasiatischen Ländern vor allem im Banken- und Versicherungswesen schwere Folgen nach sich zieht, muß auch über die Einführung weiterer umfassenderer Regelungen in diesem Bereich gesprochen werden. Die Finanzminister erörtern zu Recht eine Erweiterung der Möglichkeiten des Währungsfonds, etwa durch ein Frühwarnsystem. Ich glaube aber, man sollte auch diskutieren, ob in Zukunft nicht wirksame nationale Gesetze zur Bankenstruktur und Bankenaufsicht zur Bedingung für die Kreditwürdigkeit beim Internationalen Währungsfonds gemacht werden. Das ist im Grunde nichts weiter als eine erweiterte Konditionalität, die in anderen Bereichen schon besteht. Ich beschränke mich auf diese Beispiele. Hier ist wirklich Raum für kreative Diskussionen und kreative Politik und für den Dialog zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik.

Nationale Verantwortung

Aber das alles hebt nun die politische Verantwortung, Entscheidungen im eigenen Land zu treffen, nicht auf. Trotz der Globalisierung können wir nach wie vor ganz erhebliche Unterschiede und teilweise gegenläufige Entwicklungen in der westlichen Welt feststellen.

Beschäftigung: In den USA sind in den letzten Jahren 14 Mio. neue Arbeitsplätze entstanden. Die Dynamik dort ist völlig ungebrochen. Ein namhafter Journalist hat vor kurzem die US-Volkswirtschaft als eine große Jobmaschine bezeichnet. Natürlich weiß das jeder, der jetzt hier im Saal ist. Aber ich bin der Meinung, daß wir uns gerade auch in der Politik noch ernsthafter mit den Gründen für diese Erfolge befassen müssen, anstatt sie, wie das immer noch geschieht, mit gewissen Schlagworten abzutun. Denn in der Tat ist die Zahl der Arbeitsplätze in Westeuropa in demselben Zeitraum um 4 Mio. zurückgegangen.

Jugendarbeitslosigkeit: Eine Quote bei der Jugendarbeitslosigkeit von über 10 Prozent ist zu hoch. Aber wir müssen einmal darüber diskutieren, woran es liegt, daß die Quote in Frankreich seit Jahren bei erschreckenden 25 Prozent liegt und in Spanien bei 35 Prozent. Wir können gewisse Verhaltensweisen der französischen Politik nur vor diesem Hintergrund verstehen. Ich unterstreiche, was der Bundeskanzler gesagt hat: Gehen wir alle in diesem Hause schonend und verantwortungsbewußt mit unserem bewährten dualen Ausbildungssystem um! Auch die Länder müssen ihre Verantwortung für den schulischen Bereich tragen.

Im Bereich der Teilzeitarbeitsplätze sind wir nicht an der Spitze. Zwar ist ihre Zahl jetzt auf 16 Prozent der Beschäftigten gestiegen. Die Niederlande haben aber einen Anteil von 36 Prozent. Die Schaffung von Teilzeitarbeitsplätzen ist natürlich

zunächst einmal eine Angelegenheit der Tarifvertragsparteien. Ich erinnere mich noch an eine Zeit in den frühen 80er Jahren, als führende Funktionäre des Deutschen Gewerkschaftsbundes dies als eine Art minderwertige Arbeit für Frauen disqualifizierten. Es gibt mittlerweile ein Umdenken bei den Tarifvertragsparteien.

Angebotskräfte stärken

Wenn wir hinsichtlich der Rahmenbedingungen, die der Gesetzgeber zu setzen hat, noch einiges zu tun haben, dann sollten wir das zu Beginn der neuen Wahlperiode in Angriff nehmen. Ein genauerer Ländervergleich zeigt: Staaten mit einem niedrigen Staatsanteil, einer unterdurchschnittlichen Steuer- und Abgabenquote, einer vor allem – aber nicht nur – auf Stärkung der Angebotsbedingungen orientierten Politik sind in der Regel – gerade im Beschäftigungsbereich – erfolgreicher als andere. Die bekanntesten, aber nicht einzigen Beispiele sind die USA und die Schweiz. Da erfüllt es mich mit Sorge, wenn einige Gewerkschaftsführer wieder anfangen, von der 32- und der 25-Stunden-Woche zu reden. Sie haben die neuen Spielräume für nationale Tarifpolitik unter dem Vorzeichen der Globalisierung nicht begriffen.

Aber wir haben zur Zeit drei wesentliche Voraussetzungen für die beginnende wirtschaftliche Trendwende: **erstens** durch ein ungewöhnlich hohes Maß an Geldwertstabilität, vor allen dank der Bundesbank, aber auch dank des – wie in den 80er Jahren – wieder besseren Zusammenwirkens von Finanzpolitik und monetärer Politik, **zweitens** durch die politischen Reformen der Koalition, die die Bedingungen für Investitionen verbessert haben, und **drittens** durch die von mir erwähnten neuen Entwicklungen in der Tarifpolitik. So gewinnt der Aufschwung jetzt beträchtlich an Kraft und Breite. ■

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Der Aufbau Ost kommt voran und gewinnt an Schwung

Eingangserklärung von Bundeskanzler Helmut Kohl anlässlich der Pressekonferenz zum 2. Wirtschaftstag Ost der „Gemeinsamen Initiative für mehr Arbeitsplätze in Ostdeutschland“ am 19. Juni in Schwerin:

Wirtschaft, Gewerkschaften und Bundesregierung haben vor einem Jahr - am 22. Mai 1997 in Berlin - die „Gemeinsame Initiative für mehr Arbeitsplätze in Ostdeutschland“ verabredet. Es war ein gutes und wichtiges Signal gerade für die Menschen in den neuen Ländern, daß die Verantwortlichen in Wirtschaft, Gewerkschaften und Politik ihre Verantwortung für den Aufbau Ost ernst nehmen.

Heute sind wir in Schwerin zum 2. Wirtschaftstag Ost zusammengekommen, um zum zweiten Mal Zwischenbilanz zu ziehen. Ich bedaure das Fernbleiben der Gewerkschaften aus wahltaktischen Gründen. Als Mitunterzeichner der Gemeinsamen Initiative für mehr Arbeitsplätze in Ostdeutschland bleiben die Gewerkschaften dennoch in der Pflicht, alles zu tun, damit es in den neuen Ländern für die Menschen weiter vorangeht. Die Tür für Gespräche bleibt offen.

Konstruktives Gespräch

Wir - Bundesregierung und Wirtschaft - haben heute vormittag gemeinsam mit Vertretern der Länder Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg ein gutes und konstruktives Gespräch geführt. Wir haben nach einem Jahr Zwischenbilanz gezogen. Vieles wurde erreicht, an anderem müssen wir alle gemeinsam weiter hart ar-

beiten. Der vorliegende Fortschrittsbericht macht das deutlich.

Bei allen noch bestehenden Problemen müssen wir immer sehen, daß die Menschen in den neuen und alten Ländern gemeinsam eine großartige Aufbauleistung vollbracht haben. Gerade die Menschen in den neuen Ländern haben allen Grund, auf die erreichten Fortschritte stolz zu sein!

Große Zuwachsraten

Der Aufbau Ost kommt voran und gewinnt an Schwung: Die ostdeutsche Wirtschaft hat in den vergangenen Jahren deutlich an Wettbewerbsfähigkeit gewonnen. Die Exportwirtschaft der neuen Länder verzeichnet derzeit Zuwachsraten von über 20 Prozent. In Fahrt kommt auch die Industrie. Nach den unvermeidbaren Strukturanpassungen wächst sie nunmehr mit rund 10 Prozent.

Ebenso positiv ist, daß viele Menschen in den neuen Ländern unternehmerische Eigeninitiative zeigen und sich selbständig machen. Der Gründungssaldo war im Vorjahr mit 11.000 neuen Unternehmen wie in den Jahren zuvor wieder deutlich positiv. 522.000 mittelständische Unternehmen sind in den neuen Ländern heute bereits Arbeitgeber für rund 3,2 Millionen Menschen.

Richtig ist aber auch: Die Zahl der Arbeitsplätze hat sich - vor allem angesichts der schlechten Baukonjunktur - nicht so entwickelt, wie wir alle es vor einem Jahr für die neuen Länder erwarteten. Doch der Trendwende in den alten Ländern folgen

jetzt zunehmend auch Anzeichen für eine Trendwende am Arbeitsmarkt in den neuen Ländern. Von April auf Mai ist die Zahl der Arbeitslosen in den neuen Ländern um 97.000 zurückgegangen.

Dies war der stärkste Rückgang der Arbeitslosigkeit in einem Mai seit der Wiedervereinigung. Ein gutes Signal ist, daß im April die Beschäftigtenzahl im Verarbeitenden Gewerbe und im Bergbau erstmals seit 1991 wieder gestiegen ist. Diese positiven Entwicklungen untermauern die Erwartung der Bundesregierung, daß die Arbeitslosigkeit in den neuen Ländern Ende 1998 um rund 100.000 niedriger sein wird als Ende 1997.

Bei alledem ist unbestritten, daß der Strukturwandel in den neuen Ländern noch nicht abgeschlossen und die Arbeitslosigkeit noch immer viel zu hoch ist. Die Menschen in den neuen Ländern brauchen weiterhin jede notwendige Unterstützung. Der Aufbau Ost behält für die Bundesregierung auch in den kommenden Jahren absolute Priorität – dafür stehe ich persönlich ein.

Erhebliche Anstrengungen

Die Bundesregierung hat ihre Anstrengungen für den Aufbau Ost in den letzten Wochen zusätzlich intensiviert. Ich nenne insbesondere:

Bis zum Jahr 2005 werden wir in den neuen Ländern die modernste Verkehrsinfrastruktur Europas geschaffen haben. Dies ist eine wichtige Voraussetzung für private Investitionen und Arbeitsplätze.

Ich freue mich, für diesen Bereich heute eine weitere Maßnahme der Bundesregierung mitteilen zu können.

Wir stellen aus dem Bundeshaushalt für Investitionen im Verkehrsbereich in den neuen Ländern zusätzlich 250 Millionen D-Mark zur Verfügung. Das Geld ist ab sofort abrufbar. Damit können zügig viele kleinere Investitionen begonnen und

unmittelbar beschäftigungswirksam werden.

Wir unterstützen Unternehmen und Existenzgründer in Ostdeutschland. Es geht vor allem darum, den Zugang zu Wagniskapital weiter zu verbessern und die Liquidität gerade auch junger Unternehmen zu sichern. Ich begrüße das neue Kreditprogramm, das die Deutsche Ausgleichsbank für Unternehmen in den neuen Ländern bekanntgibt. Es soll kleineren Betrieben helfen, die wegen Zahlungsverzögerungen ihrer Auftraggeber in Schwierigkeiten geraten.

Lehrstelleninitiative

Die Bundesregierung beteiligt sich außerdem auch 1998 an der Lehrstelleninitiative Ost. Die Menschen sind unser größter Reichtum, die jungen Menschen unsere Zukunft. Wir müssen ihnen deshalb mit einer qualifizierten Ausbildung eine Perspektive geben. Mit der Lehrstelleninitiative Ost werden 17.500 zusätzliche Lehrstellen für Jugendliche bereitgestellt. Das sind 2.500 mehr als im Vorjahr.

Ebenfalls wichtig für die Menschen in den neuen Ländern ist, daß die Bundesregierung das Sonderwohngeld Ost über 1998 hinaus um weitere zwei Jahre verlängern wird – und zwar gegenüber den ursprünglichen Fortsetzungsplänen erheblich verbessert. Dafür habe ich mich ganz persönlich eingesetzt.

Die genannten Beispiele machen deutlich, daß die Bundesregierung auch künftig nachdrücklich zum Aufbau Ost steht. Ebenso bleiben Wirtschaft und Gewerkschaften in der Pflicht. Deshalb muß auch die „Gemeinsame Initiative für mehr Arbeitsplätze in Ostdeutschland“ fortgesetzt werden.

Wir alle müssen den Menschen in den neuen Ländern Mut machen. Trotz aller Probleme sind die großen Fortschritte

Weitere Investitionen in Ostdeutschland

Zur Ankündigung des Bundeskanzlers, ergänzend zu den bisherigen Anstrengungen Maßnahmen im Verkehrswegebau für die neuen Länder zusätzlich zu finanzieren, erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Sprecher der ostdeutschen Unionsabgeordneten, Paul Krüger:

Mit den zusätzlichen Mitteln in Höhe von 250 Mio. DM können entsprechend den Forderungen der ostdeutschen Unionsabgeordneten verkehrspolitische Maßnahmen in den neuen Ländern vorgezogen werden, die zunächst erst für die Folgejahre geplant waren. Dies kommt dem Straßen-, dem Schienen- und dem Wasserstraßenbau zugute.

Möglich wurde das Vorziehen von Maßnahmen durch die konsequente

Ausschöpfung aller Spielräume beim Vollzug des Bundeshaushalts.

Diese Investitionsmaßnahmen stärken den Wirtschaftsaufschwung in den neuen Ländern und verbessern damit zusätzlich die Arbeitsmarktlage. So kann ein besonders wirksamer Beitrag zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Unternehmen, die am Verkehrswegebau beteiligt sind, erfolgen. Dies wird auch eine entsprechende Wirkung in der Fläche erzielen.

Aufgrund der derzeit günstigen Baupreise sind die Maßnahmen des Bundes dadurch übrigens auch billiger als bei einer späteren Realisierung.

Der Bund liefert damit ein weiteres Mal den praktischen Beweis für die Prioritätensetzung zugunsten des Aufbaus Ost.

unübersehbar. Um so mehr müssen wir weiter intensiv für den Standort neue Länder werben. Denn eines ist sicher: Dieser Standort wird zu den modernsten in Europa gehören.

Ich sage dies hier in Schwerin auch mit Blick auf die gegenwärtigen Planungen zum europäischen Großflugzeug A 3XX. Ich werde mich persönlich dafür einsetzen, daß es in Deutschland gebaut wird. Für Rostock gibt es gute Chancen. Rostock bietet hervorragende Voraussetzungen, um sich als Produktionsstandort durchzusetzen.

Die „Gemeinsame Initiative für mehr Arbeitsplätze in Ostdeutschland“ und die bisherigen Leistungen der Menschen in Ost und West beim Aufbau Ost geben allen Anlaß zu realisiertem Optimismus. Ich bin sicher, daß wir den Weg zu mehr Arbeitsplätzen und für eine gute Zukunft gemeinsam meistern werden!

Deutsches Schicksal:

Nicht nur Stolpe hat eins!

Der brandenburgische Ministerpräsident Manfred Stolpe beklagt bitter die Verletzung seiner ostdeutschen Biographie durch den Bundesgerichtshof!

Dabei läßt Stolpe außer acht, daß der ostdeutsche Lebensweg von 17 Millionen früheren DDR-Bürgern einzig und allein von dem unmenschlichen Mauer-Regime der SED zerrüttet worden ist.

Stolpe sollte mit dem Begriff seiner ostdeutschen Biographie behutsam umgehen. Hat er vergessen, daß noch vor zehn Jahren der ostdeutsche Sohn oftmals nicht an das Sterbebett seiner westdeutschen Mutter reisen durfte?

Bild, 19. Juni

Helmut Kohl geht als Kanzler des Aufschwungs in die Bundestagswahl

Generalsekretär Peter Hintze erklärte zum neuesten Monatsbericht der Deutschen Bundesbank:

Die gewohnheitsmäßigen Nörgler werden jetzt hoffentlich verstummen: Neben dem Exportboom zieht jetzt auch die Inlandsnachfrage deutlich an. Die Konjunktur gewinnt breit an Fahrt und Zugkraft – der Aufschwung festigt sich. Deutschland ist wieder Spitze. Nach dem Urteil der Deutschen Bundesbank hat die zweite Stufe des Aufschwungs gezündet.

Dauerhaftes Fundament

Die CDU-geführte Bundesregierung hat mit ihrer Politik die Voraussetzung für die wirtschaftliche Erholung geschaffen. Die Daten sagen aber auch, daß wir den Weg der Reformen weitergehen müssen, um ein dauerhaftes Fundament für die wirtschaftliche Entwicklung zu legen. Ein Zurückdrehen der Reformen, wie es sich die SPD vorstellt, würde die jetzt gerade neu entstehenden Arbeitsplätze zerstören.

Positive Daten meldet nicht nur die Bun-

desbank, sondern melden auch viele Branchen und Regionen:

- Die Pharmazeutische Industrie will in diesem Jahr 1,6 Milliarden DM in Deutschland investieren.
- Bei den deutschen Autoherstellern gingen im ersten Quartal neun Prozent mehr Bestellungen aus dem Inland ein als im vierten Quartal 1997.
- Die Unternehmen der Elektrotechnik und Elektronik rechnen in diesem Jahr mit Umsatzsteigerungen um 5 bis 6 Prozent.
- Die Exporte ostdeutscher Unternehmen sind im ersten Quartal um 28,7 Prozent angestiegen.
- Die Werkzeugmaschinenindustrie erwartet für 1998 ein Wachstum von zehn Prozent.

Der Aufschwung hat gezündet – die Jobmaschine läuft: In den letzten 50 Tagen sind in Deutschland fast eine halbe Million neue Arbeitsplätze entstanden.

Helmut Kohl geht als Kanzler des Aufschwungs in die Bundestagswahl.

Finanzspritze für ostdeutsche Kommunen

Zur Entscheidung über das Eisenbahnkreuzungsgesetz erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Sprecher der Unionsabgeordneten aus den neuen Bundesländern, Paul Krüger:

Diese Lösung, nach der für kommunale Straßenbrücken über Schienenwege der Deutschen Bundesbahn für 5 Jahre insgesamt 250 Mio. DM bereitgestellt

werden, trägt insbesondere den berechtigten Interessen kleiner und finanzschwacher ostdeutscher Kommunen Rechnung. Zugleich eröffnet sie zusätzliche Spielräume, neue Aufträge, insbesondere an ortsansässige, mittelständische Betriebe im baugewerblichen Bereich auszulösen. Für die jetzt gefundene Kompromißlösung hatten sich im Vorfeld die ostdeutschen CDU-Bundestagsabgeordneten besonders eingesetzt.

Wolfgang Schäuble:

Aufschwung dank unserer Reformpolitik

Der Aufschwung ist da, und zwar in einer Deutlichkeit, die niemand mehr übersehen kann. Wir haben im ersten Vierteljahr ein Wachstum von 3,8% gehabt – das höchste Wachstum seit der Wiedervereinigung. Das zeigt, daß unsere Reformen greifen. Sie haben Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung und, was das Entscheidende ist, auch auf den Arbeitsmarkt.

An den neuen Arbeitslosenzahlen für den Monat Mai läßt sich eine grundlegende strukturelle Trendwende auf dem Arbeitsmarkt ablesen. Mit einem Rückgang um mehr als eine halbe Million Arbeitslose seit Anfang März hat sich die Gesamtzahl nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit in einem Ausmaß verringert, das durch die saisonüblichen Belegungseffekte allein längst nicht mehr zu erklären ist. Erstmals seit Sommer 1995 ist in ganz Deutschland die Arbeitslosigkeit im Vergleich zum Vorjahr gesunken. Damit haben wir seit Ende 96 zum ersten Mal wieder eine Quote unter 11%.

Auf eine kräftige und dauerhafte Belegung des Arbeitsmarktes weist auch die weiter angestiegene Zahl der offenen Stellen hin: Im Mai wurden den Arbeitsämtern 123.000 offene Stellen gemeldet. Der Gesamtbestand der den Arbeitsämtern gemeldeten offenen Stellen beträgt nun insgesamt 484.000. Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) geht sogar davon aus, daß es in Wirklichkeit 1,3 bis 1,5 Millionen offene Stellen gibt, da den Arbeitsämtern nur etwa jede dritte freie Stelle gemeldet werde.

Die aktuellen Zahlen zeigen: Die Talsohle ist durchschritten. Wir sind auf dem richtigen Weg! Die Regierungskoalition aus CDU, CSU und FDP hat mit ihrer Reformpolitik für mehr Wachstum und Beschäftigung die Voraussetzungen für den Aufschwung geschaffen. Die gemeinsamen Anstrengungen lohnen sich. Endlich gehen wirtschaftlicher Aufschwung und Stabilisierung des Arbeitsmarktes Hand in Hand.

Neue Arbeitsplätze

Mit einer Steigerung von 15,9% lagen die Exporte im ersten Quartal erneut auf Rekordkurs. Die Unternehmen der Elektrotechnik und Elektronik rechnen für 1998 mit Umsatzsteigerungen um 5 bis 6%. Die Nachfrage nach deutschen Autos ist kräftig gestiegen: Bei den Herstellern gingen im ersten Quartal 9% mehr inländische Bestellungen ein. Auch in der einem besonders harten globalen Wettbewerb ausgesetzten Textilindustrie ist in den ersten drei Monaten der Auftragseingang um 15% gestiegen. Deshalb können die Unternehmen in Deutschland auch wieder mehr einstellen. Für dieses Jahr rechnet die Elektroindustrie mit 25.000 bis 30.000 neuen Arbeitsplätzen. Die Informationswirtschaft plant für 1998 rund 90.000 zusätzliche Stellen, der Maschinen- und Anlagenbau will 20.000 neue Mitarbeiter einstellen.

Aber die Reformen müssen fortgesetzt und dürfen nicht, wie von der SPD angekündigt, zurückgenommen werden. ■

Spitzentechnologien sind wieder treibende Kraft der Wirtschaft

Das Bundeskabinett hat am 17. Juni den Faktenbericht Forschung 1998 verabschiedet. Dieser Bericht aktualisiert den Bundesbericht Forschung aus dem Jahr 1996 und setzt die Forschungsberichterstattung der Bundesregierung fort.

Der Faktenbericht belegt eine neue Dynamik in der deutschen Forschung und Entwicklung (FuE). Wir sind auf dem richtigen Weg. Spitzentechnologien sind wieder treibende Kraft der deutschen Wirtschaft; die technologische Leistungsfähigkeit hat stark zugelegt. Das Gründungsklima wird besser. Auch in den neuen Ländern wächst das Engagement in Forschung und Entwicklung. Der Faktenbericht belegt diesen Erfolg:

- Trotz der schwierigen Ausgangssituation konnten die Ausgaben für Forschung und Entwicklung 1997 gegenüber dem Vorjahr um 2,4% auf ca. 83 Mrd. DM gesteigert werden. Der Etat des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie (BMBF) wurde 1998 erhöht. Die Forschungsausgaben der Bundesressorts insgesamt sind auf der Basis des Regierungsentwurfs 1998 nahezu unverändert geblieben. Schwerpunkte der Forschung sind die Bereiche Biotechnologie, Gesundheitsforschung, Umwelt/Klimaforschung und Informationstechnik. Überdurchschnittlich wurden aber auch Trägerorganisationen wie die Max-Planck-Gesellschaft, die Deutsche Forschungsgemeinschaft und die Fraunhofer-Gesellschaft sowie der Hochschulbau gefördert. Die Steigerungsraten im längerfristigen Vergleich bis 1996 liegen hier im Schnitt pro Jahr zwischen 6,2% bis 8,7%.

- Im internationalen Vergleich liegt Deutschland bezogen auf den FuE-Anteil am Bruttoinlandsprodukt (BIP) 1995/96 unter den G7-Staaten auf Platz 4. Bei den staatlichen Ausgaben für die zivile Forschung nimmt Deutschland mit 0,83% Anteil am BIP den Spitzenplatz ein. Es folgt Frankreich mit 0,78 %, die übrigen Staaten folgen mit größerem Abstand (1996: Japan 0,53 %, GB und Kanada jeweils 0,49 %, USA 0,43 %).

- Besonders in den neuen Ländern zeigt sich eine günstige Entwicklung. Bis 1995 (jetzt vorliegende Daten) stieg ihr Anteil an den gesamten FuE-Ausgaben in

Von Bundesbildungsminister Jürgen Rüttgers

Deutschland im Vergleich zu 1993 von 8,1% auf 9,2%. Bei der außeruniversitären Forschung und im Hochschulsektor haben die neuen Länder damit einen Anteil an den FuE-Ausgaben erreicht, der ihrem Bevölkerungsanteil entspricht. Dies ist zwar bei der industriellen Forschung und Entwicklung noch nicht der Fall, doch erhöhte sich das finanzielle Engagement der ostdeutschen Unternehmen bei der Forschung und Entwicklung ebenfalls um einen guten Prozentpunkt auf 5,2% (ebenfalls im Vergleich der Jahre 1993/1995).

- Diese Zahlen zeigen Wirkung: In den neuen Ländern waren bereits 1995 12,3% mehr Mitarbeiter in der Forschung und Entwicklung beschäftigt als zwei Jahre zuvor. Und der positive Trend setzt sich fort: Aus den Mitteln des BMBF erhielten ostdeutschen Unternehmen 1997 Forschungs-

fördermittel in Höhe von 371,2 Mio. DM, ein Zuwachs von 8,9% im Vergleich zum Vorjahr (1996: 341 Mio. DM).

● In den neuen wie in den alten Ländern ist damit die technologische Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft auf einem gutem Weg. 1997 wuchsen die FuE-Ausgaben der Wirtschaft um 3,5%; die Unternehmen bauten damit ihren Anteil an den gesamten FuE-Ausgaben im vergangenen Jahr auf 67% aus (Hochschulen: 17,8%; außeruniversitäre Einrichtungen: 15,2%).

● Inzwischen entfällt wieder die Hälfte der industriellen Produktion in Deutschland auf FuE-intensive Industrien (50,5%). Mit einem Anteil von 12,2% der FuE-intensiven Branchen an der Bruttowertschöpfung der Volkswirtschaft liegt Deutschland damit vor Japan (11,5%) und den USA (8,5%) auf Platz Nr. 1. 1996 war bei der Ausfuhr von Spitzentechnologien ein Anstieg von 13% und bei der höherwertigen Technik eine Zunahme von 7,5% zu verzeichnen. Damit haben sich die forschungsintensiven Sektoren der Industrie seit Mitte der neunziger Jahre wieder an die Spitze der Wachstumsbewegung gesetzt.

Dies bestätigt, daß die eingeleiteten Strukturereformen greifen:

● Beim Wagniskapital für innovative Unternehmen Gründungen ist der Durch-

bruch geschafft: 1996 entfielen 64% aller Seed-Capital-Finanzierungen in Europa auf Deutschland. Allein durch die Beteiligungskapitalförderung des BMBF wurden 1997 mehr als 450 Mio. DM an Kapitalbeteiligungen für kleine High-Tech-Unternehmen mobilisiert. Mit 45 Mio. DM unterstützt das BMBF den Aufbau regionaler Netzwerke zur Förderung innovativer Unternehmensgründungen aus Hochschulen.

● In der staatlich geförderten Forschung werden Selbstverantwortung und Wettbewerb gestärkt. Die Festfinanzierung von Forschungseinrichtungen wird zugunsten einer programm- und leistungsorientierten Mittelvergabe zurückgenommen, die systematische Evaluation der Forschungsprojekte durch externe Begutachtung verstärkt.

● Mit Hilfe sogenannter Leitprojekte wird der Aufbau von Netzwerken zwischen Forschung, Entwicklung und Anwendung in ausgewählten, strategischen Innovationsbereichen gefördert.

● Mit dem neuen Hochschulrahmengesetz sollen die Hochschulen fitgemacht werden für das 21. Jahrhundert. Deregulierung, Differenzierung, Leistungsorientierung und Wettbewerb sind auch hier die Rezepte für die internationale Wettbewerbsfähigkeit.

Einspruch des Bundesrats zurückgewiesen

Die SPD ist im Bundesrat und am 22. Juni im Deutschen Bundestag mit dem Versuch gescheitert, die Novellierung des Hochschulrahmengesetzes zu blockieren.

Die Koalitionsfraktionen haben mit ihrer Mehrheit geschlossen den Einspruch des Bundesrates zurückgewiesen. Damit hat die Koalition erneut ihre Handlungsfähigkeit unter Beweis gestellt.

Joachim Hörster, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Mit dieser Entscheidung hat die Koalition den reformfeindlichen Bestrebungen der Opposition erneut eine Absage erteilt. Die Opposition hat wieder einmal die Chance verpaßt, zusammen mit der Koalition eine wichtige Reformmaßnahme für Deutschland auf den Weg zu bringen.

Biotechnologie – Chance für Standort Deutschland

Zur Entwicklung der Biotech-Branche in Deutschland erklärte der bildungs- und forschungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Christian Lenzer:

Die moderne Biotechnologie und Gentechnik ist eine Herausforderung und großartige Chance für den Standort Deutschland. Dies in zweierlei Hinsicht: Sie schafft zukunftssichere Arbeitsplätze und Wissen, das für die Menschheit von größter Bedeutung ist. Deutschland nutzt die Chance. Die Biotech-Branche boomt!

443 kleinere Unternehmen mit weniger als 500 Mitarbeitern und 23 größere Unternehmen arbeiten heute in der deutschen Biotech-Branche. Das sind doppelt soviel wie 1996. Die Investitionen liegen 1998 mit 425 Mio. DM um das Sechsfache höher als 1996. Privates Wagniskapital engagiert sich zunehmend in dieser Branche. Und die Akzeptanz der Biotechnologie nimmt in der Bevölkerung auch zu. Dies gilt insbesondere für den medizinischen Bereich. Rund 60% der Bevölkerung würde es begrüßen, wenn Deutschland auf dem Gebiet der Biotechnologie eine Spitzenstellung einnähme.

Entscheidend für diesen Aufschwung sind die Novellierung des Gentechnikgesetzes, durch die u. a. Genehmigungsverfahren von bis zu 40 Monaten auf bis zu 3 Monate verkürzt werden konnten, sowie die Änderung der 4. Bundesimmissionsschutzverordnung, wonach ab Februar 1997 kleinere Industrieanlagen, in denen neue Produkte erforscht, entwickelt und für die Markteinführung erprobt werden, genehmigungsfrei wurden. Den „Zündfunken“ aber zu dem jetzt zu verzeichnenden

Boom hat der von Bundesforschungsminister Jürgen Rüttgers initiierte BioRegion-Wettbewerb gegeben. Dieser Wettbewerb hat zu weithin sichtbaren Kompetenzzentren geführt, die Investoren aus aller Welt anziehen. So nimmt z. B. die Zahl der strategischen Allianzen zwischen deutschen und amerikanischen Unternehmen sowie die Zahl der Auslandsinvestitionen in Deutschland zu. Auch die deutschen Unternehmen engagieren sich mit biotechnologischer Forschung nicht mehr nur im Ausland, sondern kehren wieder nach Deutschland zurück.

Die Akzeptanz der Biotechnologie in der Bevölkerung nimmt zu, und privates Wagniskapital engagiert sich.

Neben der Informationstechnik ist die moderne Biotechnologie die wohl wichtigste Schlüsseltechnologie an der Schwelle zum nächsten Jahrtausend. Deutschlands ehrgeiziges Ziel, auf diesem Gebiet die Nummer 1 in Europa zu werden, ist zum Greifen nahe. Wirtschaft, Wissenschaft und Staat müssen konsequent gemeinsam daran arbeiten, um alle Chancen der Biotechnologie für den Standort Deutschland und die Menschen zu nutzen. Dabei kommt es entscheidend darauf an, mögliche Risiken frühzeitig zu erkennen und zu beherrschen. Strikte Transparenz und Aufklärung der Bevölkerung sind geboten. Nur so wird Akzeptanz geschaffen.

Wir haben mit der modernen Biotechnologie einen Schlüssel für unsere Zukunft in der Hand. Nutzen wir ihn!

1,5 Millionen freie Arbeitsplätze

Zur Trendwende auf dem Arbeitsmarkt erklärte der mittelstandspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hansjürgen Doss:

Die Bundesanstalt für Arbeit meldete im Mai rund 500.000 offene Stellen. Doch das ist nur ein Drittel der Wahrheit.

Denn: Wie die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) schätzt, wird den Arbeitsämtern nach aller Erfahrung nur ein Drittel aller offenen Stellen gemeldet. Daraus folgt: 500.000 offene Stellen in der Nürnberger Statistik sind 1.500.000 offene Stellen in der Wirklichkeit.

Aber auch die gemessene Statistik liefert den Beweis für den Durchbruch auf dem Arbeitsmarkt, wenn man die Veränderung im Bestand der offenen Stellen betrachtet:

Im Westen lag der Bestand um 24 Prozent höher als im Vorjahr, im Osten der Bundesrepublik sogar 92 Prozent höher als im Vorjahr.

Ein Frühindikator für den Aufschwung am Arbeitsmarkt ist der Rückgang der Kurzarbeiter. Ihre Zahl sank um 37 Prozent im Westen und 30 Prozent im Osten der Bundesrepublik. Die Kapazitätsauslastung der Betriebe ist kurz vor dem Punkt, daß zunehmende Neueinstellungen unausweichlich werden.

Um 600.000 ist die Arbeitslosigkeit seit Anfang dieses Jahres bereits zurückgegangen, der Rückgang war jetzt drei Monate nacheinander mehr als nur saisonal bedingt, erstmals seit drei Jahren werden die Vorjahreswerte unterschritten. ■

EURO-Steuererklärungen ab 1999 sind ein richtiges Signal

Zu dem Beschluß der Ministerpräsidenten der Länder, die Steuerverwaltung rascher auf den EURO umzustellen, erklärte die finanzpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Gerda Hasselfeldt:

Die Entscheidung der Ministerpräsidentenkonferenz, ab 1. Januar 1999 könnten Umsatzsteuervoranmeldungen, Umsatzsteuerjahreseklärungen und Lohnsteueranmeldungen für Anmelungszeiträume ab 1999 wahlweise in D-Mark und EURO abgegeben werden, ist das richtige Signal. Ich bin froh darüber, daß nach der monatelangen Diskussion über die Frage, ob die Steuerverwaltungen der Länder Steuererklärungen bereits von 1999 an in EURO entgegennehmen sollen, der Durch-

bruch gelungen ist. Es wäre nicht zu vermitteln gewesen, daß einerseits die Unternehmen ihre Rechnungslegung ab 1999 auf den EURO umstellen können, die Verwaltung sich aber der EURO-Umstellung nicht öffnet.

Ich habe mich von Anfang an dafür eingesetzt, daß die Steuerverwaltungen der Länder sich bewegen. Auf Anregung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat sich der Finanzausschuß des Deutschen Bundestages schon Anfang März dafür ausgesprochen, daß auch in der Frage der Abgabe von Steuererklärungen in EURO ab 1. Januar 1999 eine EURO-freundliche und bundeseinheitliche Lösung im Vordergrund stehen sollte, die für die Wirtschaft und Verwaltung verträglich ist. Dies ist nunmehr geschafft.

Änderungen zum 1. Juli 1998 im Sozialbereich

Rentenversicherung

Die Renten in Deutschland werden zum 1. Juli entsprechend der Nettolohnentwicklung des Vorjahres angepaßt. Sie steigen **in den alten Ländern** um 0,44 v.H. Die verfügbare Standardrente, der 45 Versicherungsjahre mit Durchschnittsverdienst zugrunde liegen, steigt damit zum 1. Juli 1998 von derzeit rd. 1974 DM auf rd. 1980 DM.

In den neuen Ländern werden die anpassungsfähigen Renten aus der Rentenversicherung zum 1. Juli 1998 um 0,89 v.H. angehoben. Hierdurch steigt die verfügbare Standardrente von derzeit rd. 1681 DM auf rd. 1694 DM. Das Verhältnis der verfügbaren Standard-Ostrente zu der vergleichbaren Westrente steigt ab Juli 1998 von derzeit 85,2 auf rd. 85,5 v.H. Am 30. Juni 1990, dem Tag vor der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion, hatte dieses Verhältnis – je nach Rentenbeginn der Ostrenten – noch zwischen rd. 29 und 37 v.H. gelegen.

Die Anpassung kann sich für die einzelnen Rentenempfänger in den neuen Ländern sehr unterschiedlich auswirken, weil die aus Besitz- und Vertrauensschutzgründen zur Rente gezahlten Auffüllbeträge und Rentenzuschläge nicht anpassungsfähig sind und außerdem – wie schon bei den Rentenanpassungen in den Jahren 1996 und 1997 – weiter abgeschmolzen werden.

Eine allgemeine Aussage über die Veränderung der individuell verfügbaren Renten in ganz Deutschland ist nicht möglich, weil sich der Beitrag zur Krankenversicherung der Rentner nach dem Beitragssatz der **jeweiligen** Krankenkasse bemißt,

bei der der Rentner versichert ist. Maßgeblich ist dabei der Beitragssatz, der am 1. Januar 1998 gegolten hat. Die effektive Rentenerhöhung ist somit abhängig von der Entwicklung des Beitragssatzes der jeweiligen Krankenkasse, bei der der Rentner versichert ist. Hat sich deren Beitragssatz gegenüber 1997 erhöht, ist die effekti-

**Etwa 7,7 Mio. Rentnerinnen
erhalten mehr Geld
für ihre Kindererziehung.**

ve Rentenerhöhung geringer, ist er gegenüber 1997 gesenkt, ist die effektive Rentenerhöhung größer als die oben genannten Anpassungssätze.

Kindererziehungsleistungen werden stärker berücksichtigt

Ab 1. Juli erhalten 7,7 Mio. Rentnerinnen, die Kinder erzogen haben, mehr Geld. Für Kindererziehungszeiten werden dann pro Kind monatlich 40,50 DM (bisher 35,58 DM) in den alten Bundesländern und 34,74 DM (bisher 30,38 DM) in den neuen Bundesländern gezahlt. Eine Rentnerin, die z. B. drei Kinder erzogen hat, erhält hierdurch jährlich ab Juli 177,12 DM mehr Rente. In den Fällen, in denen in den neuen Ländern zusätzlich zur dynamischen Rente Auffüllbeträge gezahlt werden, hat die Verbesserung bei der Kindererziehung eine schnellere Abschmelzung der Auffüllbeträge zur Folge.

Die Bewertung von Kindererziehungszeiten für bestehende und neue Renten wird – wie von der Koalition mit dem Rentenreformgesetz '99 beschlossen – zum 1. Juli

von heute 75 Prozent des Durchschnittslohns auf 85 Prozent des Durchschnittsverdienstes angehoben. Bis zum 1. Juli 2000 steigt sie weiter auf dann 100 Prozent.

Darüber hinaus gibt es eine weitere Verbesserung: Hat jemand während der Erziehungszeit freiwillige Beiträge oder Pflichtbeiträge gezahlt, wird ab Juli die Kindererziehungszeit zusätzlich zu den Beiträgen bis zur Beitragsbemessungsgrenze angerechnet. Diese Regelung gilt auch für diejenigen, die bereits Rente beziehen.

Die Verbesserungen für Kindererziehung betragen allein in diesem Jahr 1,1 Mrd. DM.

Norbert Blüm: „Wer Kinder erzieht, leistet einen Beitrag zur Sicherung der Generationensolidarität. Ohne Kinder heute gibt es keine Beitragszahler morgen. Seit Einführung der Kindererziehungszeiten in der Rentenversicherung im Jahre 1986 wurden allein in den alten Bundesländern bis Ende vergangenen Jahres 48,8 Mrd. DM hierfür ausgegeben. Mit dem Rentenreformgesetz '99 haben wir diese Leistungen nochmals verbessert. Die Mehraufwendungen für Kindererziehung steigen bis zum Jahr 2000 auf 3,2 Mrd. DM, bis zum Jahr 2030 auf 13,6 Mrd. DM an.“

Veränderung des Zahlbetrages

Für die Veränderung des Zahlbetrages zum 1. Juli ergeben sich also vier hauptsächliche Fallgruppen:

- um mehr als den Anpassungssatz von 0,44 Prozent im Westen und 0,89 Prozent im Osten erhöht sich der Zahlbetrag für Rentnerinnen und Rentner, die Kindererziehungszeiten in ihrer Rentenbiographie haben und keine Auffüllbeträge oder Rentenzuschläge erhalten,

- stärker erhöht sich der Zahlbetrag für Rentnerinnen und Rentner in den alten Bundesländern, bei deren Krankenversi-

cherung zum 1. Januar 1998 der Beitragsatz zur Krankenversicherung gegenüber dem 1. 1. 1997 gesenkt wurde; in den neuen Bundesländern erhöht sich in diesem Fall der Zahlbetrag nur dann, wenn keine Auffüllbeträge oder Rentenzuschläge gezahlt werden,

- exakt um den Anpassungssatz der Renten erhöht sich der Zahlbetrag für Rentner im Westen, die keine Kindererziehungszeiten in ihrer Rentenbiographie haben und deren Krankenversicherung den Beitragssatz zum 1. Januar nicht verändert hat,

- eine Minderung des Zahlbetrages kann sich ergeben, wenn der Beitragssatz in der Krankenversicherung, in der der Rentner versichert ist, mehr als doppelt so stark gestiegen ist wie die Rentenanpassung.

Unfallversicherung

Die Renten und Pflegegelder der Unfallversicherung werden in den alten Ländern um 0,23 v. H. und in den neuen Ländern um 0,47 v. H. erhöht. Der Grund für die im Vergleich zur Rentenversicherung unterschiedlichen Anpassungssätze liegt darin, daß in der Unfallversicherung die Veränderung der Belastung der Renten nicht berücksichtigt wird.

Alterssicherung der Landwirte

Die Renten der Alterssicherung der Landwirte werden entsprechend dem Anpassungssatz in der Rentenversicherung in den alten Ländern um 0,44 v. H. und in den neuen Ländern um 0,89 v. H. angepaßt.

Kriegsopferrente steigt

Die Anpassung der Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung in den neuen Ländern bewirkt dort auch eine Erhöhung der Kriegsopferrenten. Die Anpassung der Kriegsopferrenten in den alten Ländern erfolgt durch eine besondere Rechtsverordnung. Wie in der Unfallversicherung beträgt der Anpassungssatz hier 0,23 v. H.

Neue Hinzuverdienstgrenzen in der Rentenversicherung:

Altersrenten	Hinzuverdienstgrenzen pro Monat
Regelaltersrente ab dem 65. Lebensjahr	keine Einschränkung
vor dem 65. Lebensjahr bei	
Vollrente	620,- DM (West) 520,- DM (Ost)
Teilrente von $\frac{2}{3}$	833,88 DM (West) *) 715,23 DM (Ost) *)
Teilrente von $\frac{1}{2}$	1.250,81 DM (West) *) 1.072,84 DM (Ost) *)
Teilrente von $\frac{1}{3}$	1.667,75 DM (West) *) 1.430,45 DM (Ost) *)

Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit	Hinzuverdienstgrenze pro Monat
bei Erwerbsunfähigkeitsrente	620,- DM (West) 520,- DM (Ost)
bei Berufsunfähigkeitsrente	
in voller Höhe	1.250,81 DM (West) *) 1.072,84 DM (Ost) *)
in Höhe von $\frac{2}{3}$	1.667,75 DM (West) *) 1.430,45 DM (Ost) *)
in Höhe von $\frac{1}{3}$	2.084,69 DM (West) *) 1.788,06 DM (Ost) *)

Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit	Hinzuverdienstgrenze pro Monat *)
bei Bergleuten	
in voller Höhe	1.667,75 DM (West) 1.430,45 DM (Ost)
in Höhe von $\frac{2}{3}$	2.222,87 DM (West) 1.906,59 DM (Ost)
in Höhe von $\frac{1}{3}$	2.780,38 DM (West) 2.384,76 DM (Ost)

*) Hierbei handelt es sich um allgemeine Hinzuverdienstgrenzen bei 0,5 oder weniger Entgeltpunkten im letzten Kalenderjahr vor Beginn der ersten Altersrente bzw. vor Eintritt der Erwerbsminderung, bis zu denen mindestens hinzuverdient werden kann. Darüber hinaus gibt es individuelle Hinzuverdienstgrenzen, die vom zuletzt versicherten Entgelt abhängen.

Landesvorsitzender Daehre zum Magdeburger Modell:

Höppners SPD beugt sich dem Diktat der PDS

Beim Abstimmungsverhalten zur Personalstärke des Verfassungsschutzes in Sachsen-Anhalt werden bereits bei der ersten Sitzung des Landtages nach der konstituierenden Sitzung die neuen Mehrheitsverhältnisse deutlich.

Die Politik der Verbiegungen unter der SPD-Regierung in Sachsen-Anhalt nimmt an Deutlichkeit zu. Obwohl nach den Wahlen in Sachsen-Anhalt mit der DVU eine weitere radikale Partei Einzug ins Landesparlament gehalten hat und seit längerem ein Anstieg extremistischer Straftaten zu verzeichnen ist, kann sich die SPD-Regierung unter dem Druck der PDS zu keiner eindeutigen Politik gegen Extremismus durchringen. Ein entsprechender CDU-Antrag und alle Beteuerungen des SPD-Innenministers, das Landesamt für Verfassungsschutz zur Sicherstellung seiner Arbeitsfähigkeit auf seinem Personalbestand zu belassen, wurden von den SPD-Parteigenossen mit

Stimmenthaltung quittiert. Dagegen waren sich die radikalen Parteien im Landtag, PDS und DVU rasch einig. Sie stimmten gemeinsam gegen den Stellen-erhalt beim Verfassungsschutz.

Ministerpräsident Höppner, der als Vorwand zum Abbruch der Gespräche über eine mögliche Regierungsbildung mit der CDU sein Entsetzen darüber zum Ausdruck brachte, daß die Union nicht bereit war, gemeinsam mit SPD und PDS Absprachen gegen die DVU zu treffen, zeigt einmal mehr sein wahres Ich. Es ist die SPD, die zur Sicherung ihrer Mehrheiten der extremen PDS gegen den eigenen Innenminister die Stange hält. Somit erhalten DVU und PDS die Chance, eine Institution, die dem Schutze der Demokratie dient, fahrlässig in Frage zu stellen bzw. zu demontieren. Wer wie die SPD auf einem Auge blind ist, darf sich daher über ein allgemeines Nachlassen des Wahrnehmungsvermögens in der Partei nicht wundern.

Freibeträge bei Renten wegen Todes	
Witwen-/Witwerrente bzw. Erziehungsrente	
ohne Kinder	1.257,96 DM (West) 1.078,97 DM (Ost)
mit einem Kind	1.524,80 DM (West) 1.307,84 DM (Ost)
mit zwei Kindern	1.791,64 DM (West) 1.536,71 DM (Ost)
je weiteres Kind erhöht um	266,84 DM (West) 228,87 DM (Ost)
Waisenrente	838,64 DM (West) 719,31 DM (Ost)

Rita Süßmuth zur Rentenreform 1999:

Wir verbessern die Lage von Müttern und Vätern

1. Juli 1998 - alle Mütter und Väter sollten sich diesen Tag im Kalender anstreichen. Ab diesem Datum tritt die erste Stufe der Rentenreform 1999 in Kraft mit der die CDU die Gleichstellung von Familienarbeit und Erwerbsarbeit in der gesetzlichen Rentenversicherung erreicht hat.

Ab dem 1. Juli 1998 werden Kindererziehungszeiten mit 85% des Durchschnittsverdienstes aller Versicherten anerkannt. Den nächsten Schritt vollziehen wir ab dem 1. Juli 1999 mit einer 90 %igen Anerkennung. Ab dem 1. Juli 2000 ist die 100 %ige Anerkennung erreicht.

Die Rentenreform 1999 schafft mehr Gerechtigkeit für Frauen und Familien. Sie macht deutlich, daß Kindererziehung für den Bestand unseres Generationenvertrages genauso wertvoll ist wie Erwerbsarbeit. Rente ist Lohn für Lebensleistung. Dazu gehören Erwerbsarbeit ebenso wie Leistungen in der Familie bei Erziehung und Pflege.

Ein weiterer Pluspunkt für Familien durch die Rentenreform 1999 ist die additive Anrechnung von Kindererziehungszeiten und Beitragszeiten bis zur Beitragsbemessungsgrenze. Grundsätzlich jeder neben der Kindererziehung entrichtete Beitrag, gleich ob freiwillig oder pflichtgemäß, wirkt sich in Zukunft rentensteigernd aus. Damit wird die Doppelbelastung durch Beruf und Kindererziehung rentenrechtlich honoriert.

Die Rentenreform '99 leistet insbesondere einen Beitrag zur selbstständigen Alterssicherung von Frauen. Frauen wollen heute selbst eine eigenständige soziale Absiche-

rung für das Alter aufbauen. Hier zählt jeder Baustein: Leistungen aus Erwerbsarbeit ebenso wie die Leistungen aus Kindererziehung und Pflege.

Die Frauen erbringen noch immer den Bärenanteil an Familienarbeit. Es sind nur 1,5 Prozent aller Väter in West wie Ost, die zu Hause bleiben und Erziehungsurlaub nehmen – wobei die vielfältigen Leistungen, die Mütter heute bei Kindererziehung und Hausarbeit täglich beweisen, sicherlich mit dem Wort „Urlaub“ nicht treffend beschrieben sind.

„In der Rentenversicherung müssen wir ein Instrument finden, damit Leistungen in der Familie wie Erwerbszeiten gewertet werden, um eine eigenständige Sicherung der Frauen zu erreichen.“

Rita Süßmuth

Bei der Anerkennung von Familienarbeit in der gesetzlichen Rentenversicherung hat die CDU Pionierarbeit geleistet. Ihre Leistungen können sich sehen lassen: 1986 haben wir mit dem Hinterbliebenen- und Erziehungszeitengesetz dafür gesorgt, daß Kindererziehung erstmalig in der gesetzlichen Rentenversicherung anerkannt wird. Die rentenbegründende und rentensteigernde Anerkennung eines Versicherungsjahres für die Erziehung jedes Kindes bei Müttern ab Jahrgang 1921 wurde in die Tat umgesetzt. 1987 wurden die Jahrgänge vor 1921 durch das Kindererziehungslei-

Wir haben viel erreicht

1. Wir haben in einer großen nationalen Kraftanstrengung den Aufbau Ost vorangebracht.

2. Wir haben die Voraussetzungen für mehr Wachstum und Beschäftigung geschaffen. Deutschland ist moderner geworden.

3. Wir haben Deutschland fit für Europa gemacht, und wir haben in Europa die deutsche Stabilitätskultur durchgesetzt.

4. Wir haben die Sicherheit des Bürgers geschützt und das Verbrechen konsequent bekämpft.

5. Wir haben unseren Sozialstaat den veränderten Bedingungen angepaßt und zukunftsfest gemacht.

6. Wir haben erreicht, daß genügend Ausbildungsplätze für junge Menschen zur Verfügung stehen.

7. Wir haben das Asylproblem in den Griff gekriegt.

8. Wir haben den Staat modernisiert und die öffentliche Verwaltung gestrafft.

Wir haben viel bewegt

Leistungsbilanz
1994–1998 · Teil I

- 1 Wir haben in einer großen nationalen Kraftanstrengung den Aufbau Ost vorangebracht. Seite 2
- 2 Wir haben die Voraussetzungen für mehr Wachstum und Beschäftigung geschaffen. Deutschland ist moderner geworden. Seite 13
- 3 Wir haben Deutschland fit für Europa gemacht, und wir haben in Europa die deutsche Stabilitätskultur durchgesetzt. Seite 34
- 4 Wir haben die Sicherheit des Bürgers geschützt und das Verbrechen konsequent bekämpft. Seite 5

● Wir haben viel bewegt

Leistungsbilanz 1994–1998, Teil 1

Bestell.-Nr.: 5361

● Wir haben viel bewegt

Leistungsbilanz 1994–1998, Teil 2

Bestell.-Nr.: 5367

Verpackungseinheit: 50 Expl.

Preis je 50 Expl.: 30,00 DM

9. Wir haben unser Land im Umweltschutz an die Weltspitze gebracht.

10 Wir haben Deutschland zu einem geachteten Mitglied der Völkerfamilie gemacht.

● Faltblatt Frauenrente

Bestell.-Nr.: 2339

Verpackungseinheit: 100 Expl.

Preis je
100 Expl.:
20,00 DM

Wir haben viel bewegt

Leistungsbilanz
1994–1998 · Teil II

- 1 Wir haben unseren Sozialstaat den veränderten Bedingungen angepaßt und zukunftsfest gemacht. Seite 46
- 2 Wir haben erreicht, daß genügend Ausbildungsplätze für junge Menschen zur Verfügung stehen. Seite 64
- 3 Wir haben das Asylproblem in den Griff gekriegt. Seite 67
- 4 Wir haben den Staat modernisiert und die öffentliche Verwaltung gestrafft. Seite 83
- 5 Wir haben unser Land im Umweltschutz an die Weltspitze gebracht. Seite 73
- 6 Wir haben Deutschland zu einem geachteten Mitglied der Völkerfamilie gemacht. Seite 85

Stichwortverzeichnis für beide Teile: Seite 88

Frauenrente

Endlich Gleichstellung
von Beruf
und Erziehung!



stungsgesetz miteinbezogen. 1992 haben wir mit dem Rentenreformgesetz die Anerkennung von einem Jahr auf drei Jahre ausgebaut. Der Informationsbedarf der Bürgerinnen und Bürger zu diesen Neuregelungen ist groß. Deshalb hat die Frauenunion der CDU in dem neuen Faltblatt „Frauenrente. Endlich Gleichstellung von Beruf und Erziehung!“ Informationen und Tips für Sie zusammengestellt.

SPD-Äußerungen zur Rente:

Widersprüchliches und Ungeklärtes

Die SPD scheint sich in sämtlichen Fragen zur Rentenversicherung uneins zu sein. Die folgende Zusammenstellung verschiedener Äußerungen von SPD-Politikern zur Rentenversicherung macht deutlich, daß Widersprüche in Argumentation und Zielen zur SPD-Tagesordnung gehören.

Rentenniveau

Rudolf Dreßler: „Die SPD ist klar der Auffassung, daß eine Niveauabsenkung nicht nötig und darüber hinaus sogar für die Akzeptanz des Systems höchst gefährlich ist.“ (Deutschlandradio Berlin, 28. Mai 1997)

Gerhard Schröder: „Ich bin allerdings – um die Wahrheit zu sagen – skeptisch, skeptischer als andere, ob sich das Rentenniveau unter allen Umständen so halten läßt, wie es derzeit ist. ... Für die einen steht die Beibehaltung des Rentenniveaus im Vordergrund, für mich die Senkung der Arbeitskosten. Denn nur die hat Wirkung auf dem Arbeitsmarkt – und dies ist unser zentrales Problem, von dem alle anderen Probleme ausgehen. Deshalb muß über das Rentenniveau offen diskutiert werden.“ (Wirtschaftswoche vom 6. Februar 1997)

Oskar Lafontaine: „Wenn wir über die Rentenfrage diskutieren, lautet die erste Frage für uns nicht: Wie entwickeln sich die Lohnnebenkosten? ... Die erste Frage, die wir stellen, lautet: Wieviel Geld brauchen Frauen und Männer im Alter, wenn sie ordentlich leben wollen?“ (Deutscher Bundestag, 13. Wahlperiode, 206. Sitzung, 26. November 1997)

Johannes Gerster: „Da weitere Erhöhungen der Beiträge angesichts der wirtschaft-

lichen Lage tabu sind und eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit wegen der Massenarbeitslosigkeit zur Zeit ebenfalls ausscheidet, bleibt die Absenkung des Rentenniveaus als Beitrag zur Problemlösung. Ohne die schrittweise Anpassung des Rentenniveaus werden wir die Rentenversicherung kaum konsolidieren können.“ (Bild vom 4. August 1997)

Hans Martin Bury: „Wir wollen die solidarische, gesetzliche Altersversorgung, die langfristig aber niedriger sein wird als heute.“ (Zeit vom 10. Oktober 1997)

Grundrente

Heide Simonis: „Wir müssen umsteuern. Wir brauchen eine Grundrente, die nicht mehr wie bisher aus Beiträgen finanziert wird, sondern aus dem allgemeinen Steueraufkommen.“ (Stern vom 2. April 1997)

Gerhard Schröder: „Denjenigen, die neu ins Arbeitsleben eintreten, wird man aber sagen müssen, daß die Entwicklung längerfristig auf eine Grundversorgung hinausläuft, beitrags- oder steuerfinanziert.“ (Woche vom 28. November 1997)

Rudolf Dreßler: „Die Forderung nach einer steuerfinanzierten Grundrente, genauer einer Konsumsteuer-finanzierten Grundrente, ist populär. Sie ist aber völlig irrwitzig.“ (Freie Presse Chemnitz vom 14. März 1997)

Ulrike Mascher: „Wir sind zu dem Ergebnis gekommen, daß eine Grundrente der falsche Weg ist. Das jetzige Rentensystem halte ich nach wie vor für das beste.“ (Thüringer Allgemeine vom 11. September 1997)

Oskar Lafontaine: „Wir halten an der beitragsfinanzierten, leistungsbezogenen

Oskar Lafontaine will Atomausstieg ohne Rücksicht auf Klimaschutz

In einem Gespräch mit der Berliner Zeitung vom 6. Juni entwickelte der SPD-Vorsitzende Oskar Lafontaine ein Szenario für den Ausstieg aus der Kernenergie, das auch umweltschuttpolitisch hochgradig gefährlich ist. Die Kernenergie könne ohne weiteres ohne andere Energiequellen ersetzt werden.

„Die Kernenergie macht 11 Prozent unserer Energieversorgung aus“, sagte er. „Dies kann durch regenerative Energiequellen, durch Steigerung der Energieeffizienz und durch umweltschonende Nutzung vorhandener Brennstoffe ersetzt werden.“ Dazu gehöre auch die Kohle. Auch den Einwand, daß die weitere Nutzung der Kohle den Ausstoß von Kohlendioxid erhöhe und damit die Klimaziele der Bundesregierung und der UNO gefährde, ließ

er nicht gelten. „Es gibt unzählige gefährliche Schadstoffe. Die Verengung auf Kohlendioxid ist eine Erfindung der Atom-Lobby.“

Mit diesen Schlußfolgerungen verneint Oskar Lafontaine die wichtigsten Erkenntnisse und Ziele der internationalen Staatengemeinschaft beim Klimaschutz. Ohne die friedliche und verantwortungsvolle Nutzung der Kernenergie in Deutschland würden allein jährlich rund 170 Millionen Tonnen des Treibhausgases CO₂ ausgestoßen. Ein Ersatz eines runden Drittels unserer Stromerzeugungskapazitäten mit ökonomisch und ökologisch sinnvollen Alternativen kann es nicht geben. Klimaschutz und Standort Deutschland würden bei der Umsetzung dieser SPD-Energie- und Umweltpolitik auf das Nachhaltigste geschädigt.

Rente fest. Es gibt kein besseres Modell.“ (Focus, Heft 22/1998)

Rücknahme der Rentenreform 1999

Wolfgang Clement: „Ich bleibe dabei: Es darf keine Rücknahme einer Maßnahme geben, wenn die zu einer Erhöhung der Lohnnebenkosten führen würde. Wir brauchen eine Reduktion der Lohnnebenkosten.“ (Spiegel vom 23. März 1998)

Gerhard Schröder: „Natürlich werden wir die Kürzung der Renten zurücknehmen.“ (Neue Presse Hannover vom 18. April 1998)

Rudolf Dreßler: „Alles steht unter Finanzierungsvorbehalt, auch für die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen. Denn

wir wollen alle verfügbaren Mittel in die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit stecken und dann erst in die Rücknahme der Sozialkürzungen. Dabei gibt es einige Ausnahmen, die wir sofort angehen wollen: Lohnfortzahlungsgesetz, Kündigungsschutzvorschriften, Schlechtwettergeld, Renten.“ (Tagesspiegel vom 5. April 1998)

„Renten-Wirrwarr“

Die Welt am Sonntag faßt am 24. Mai 1998 unter dem Titel „Renten-Wirrwarr in der SPD – Fünf Vorschläge zur Zukunft der Altersvorsorge – Welcher gilt?“ die Widersprüchlichkeiten der SPD in einem Satz treffend zusammen: „Über die Frage, wie das alles bezahlt werden soll, gibt es in der SPD allerdings keinen Streit: Sie wurde noch gar nicht gestellt.“ ■

Grüne = außenpolitische Hasardeure

Die Bundeswehr genießt zu Recht ein hohes Ansehen in der Bevölkerung. Die friedensstiftende Mission, die sie im früheren Jugoslawien erfüllt, und ihr großartiger Einsatz beim Oderhochwasser im vergangenen Jahr belegen beispielhaft ihre Dienstbereitschaft für Demokratie und Menschenrechte und unser Land überhaupt.

Vor diesem Hintergrund ist der Auftritt des Grünen-Vorstandssprechers Trittin vor einigen Tagen anlässlich des öffentlichen Gelöbnisses in Berlin der Beweis dafür, daß Bündnis 90/Die Grünen noch immer ein gestörtes und gebrochenes Verhältnis zu unserer Bundeswehr haben.

Wer wie die Grünen Anfang der 80er Jahre kaum eine Kasernenblockade ausließ, öffentliche Gelöbnisse störte, es auch jetzt für richtig hält, zusammen mit der PDS bei Veranstaltungen gegen die Bundeswehr aufzutreten, sie diffamiert und schließlich auf dem eigenen Parteitag im März dieses Jahres eine neue Friedensmission zum Wohle der Menschen in Bosnien mit Mehrheit ablehnt, entlarvt sich als eine Partei, die nicht in der Lage ist, eine verantwortungsvolle Außenpolitik zu gestalten. Dies müssen die Wähler wissen, wenn sie am 27. September an die Wahlurne treten. Mit Rot-Grün wird es keine kontinuierliche und berechenbare Sicherheitspolitik mehr geben.

Joachim Hörster, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Fraktionschef Fischer kann noch so viele staatsmännische

Reden zur Rolle der Bundeswehr im Rahmen der sicherheitspolitischen Vorstellungen der Grünen im 21. Jahrhundert halten. Interviews geben und seinen Parteikollegen Trittin öffentlich für seine verbalen Entgleisungen kritisieren, seine Partei steht in dieser Frage nicht hinter ihm. Die Äußerungen von Fraktionschef Fischer können über die wahre Geisteshaltung seiner Partei nicht hinwegtäuschen.

Trittin sät Haß

Paul Breuer verteidigungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Nach meiner Meinung sind die verbalen Ausfälle Trittins gegen die Bundeswehr geradezu symptomatisch für seine abgrundtiefe Abneigung gegenüber unserer Republik und ihren Institutionen. Diese Abneigung teilt er mit vielen, den ehemaligen „K-Gruppen“ entstammenden Grünen-Fundamentalisten.

Ich kann mich der Rücktrittsorderung Gerd Poppes und anderer grüner Politiker nur anschließen, zumal diese wissen, daß es viele Trittins im grünen Schafspelz gibt. Diese dürfen zukünftig keine Verantwortung für unser Land tragen. Das wäre ein unzumutbares Risiko!

Die Kritik aus den grünen Reihen und der SPD gegen Trittin wird nur als Ablenkungsmanöver medienwirksam geäußert.

Der grüne Trittin haßt die Bundeswehr

Für ihn ist schon das Gelöbnis ein „pervernes Ritual“. Die Frankfurter Allgemeine: „Grünen-Politiker PDS-Funktionäre, Jusos, Trittin und Gysi Schulter an Schulter“.

Wir danken unseren Soldaten

CDU

Für Bosnien-Herzegowina • Für den Oderbruch • Für den Frieden

aus: Bild vom Montag, den 22. Juni

Der grüne Trittin haßt die Bundeswehr

In Berlin demonstrierte Trittin seine tiefsitzende Abneigung gegen die Bundeswehr. Er verunglimpfte das feierliche Gelöbnis unserer Soldaten zur Verteidigung unseres freiheitlichen Rechtsstaates durch Vergleiche mit der Nazi-Zeit.

Trittins Entgleisungen sind kein Einzelfall:

- Für ihn ist schon das Gelöbnis »*perverses Ritual*«. (dpa, 30.5.96)
- Anfang diesen Jahres sprach er im Zusammenhang mit Gelöbnissen davon, »*auch die Nazis haben ja mit Enthusiasmus solche Veranstaltungen durchgeführt.*« (Welt, 15.1.98)
- In Berlin äußerte er jetzt: »*Wer öffentliche Gelöbnisse veranstaltet, muß sich über Rechtsradikale in Armee und der Gesellschaft nicht wundern.*« (dpa, 10.06.98)

Trittin steht nicht allein. Frankfurter Allgemeine: »*Grünen-Politiker, PDS-Funktionäre, Jusos, Jürgen Trittin und Gregor Gysi Schulter an Schulter*« (12.6.98). Trittins politische Freunde sind keinen Deut besser als er. Auch SPD und PDS fallen unseren Soldaten in den Rücken. Sie verweigerten ein öffentliches Gelöbnis in Frankfurt/Oder, wo 1997 dreißigtausend Soldaten eine Flutkatastrophe verhinderten.

Wir danken unseren Soldaten:

Für Bosnien-Herzegowina

Für den Oderbruch • Für den Frieden

CDU

Feierliches Gelöbniß

Im feierlichen Gelöbniß geloben die Wehrdienstleistenden, „der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen.“ Es findet in der Regel sechs Wochen nach der Einberufung statt und ist erster Höhepunkt des Wehrdienstes. Zum feierlichen Gelöbniß gehören die Aufstellung der Soldaten, der Einmarsch der Fahnenabordnung, das „feierliche Musikstück“, Ansprachen durch den Kommandeur, einen Rekruten und einen Politiker sowie das Gelöbniß selbst.

Das feierliche Gelöbniß endet mit Nationalhymne, Beglückwünschung der Fahnenabordnung durch den Kommandeur und Fahnenausmarsch.

1998 werden rund 600 öffentliche Gelöbnisse stattfinden, etwa 180 davon sind auf zentralen Plätzen geplant. Die CDU steht zu feierlichen öffentlichen Gelöbnissen. Sie gehören zur Tradition der Bundeswehr und sind fester Bestandteil der Kultur des demokratischen Deutschlands.

Grüne verunglimpfen öffentliche Gelöbnisse als „Militärspektakel“

„Öffentliche Gelöbnisse und andere Militärspektakel sollen unterbleiben“, heißt es im Kurzprogramm von Bündnis 90/Die Grünen zur Bundestagswahl. Die Absage der Grünen an öffentliche feierliche Gelöbnisse ist bezeichnend. Sie offenbart das tiefe Mißtrauen der Grünen gegen die jungen Wehrdienstleistenden und gegen unsere Bundeswehr. In **Berlin** demonstrierte in einem „BündnisGelöbnis 98 – Wir stören Sie gern!“ Bündnis 90/Die Grünen gemeinsam mit PDS, Jungsozialisten und zahlreichen linken Gruppen am 10. Juni 1998 gegen das öffentliche feierliche Gelöbniß vor dem Berliner Rathaus. Der Sprecher des Bundesvorstandes der Grünen, Jürgen Trittin, in Berlin: „Wer öffentliche Gelöbnisse veranstaltet, muß sich über Rechtsradikale in Armee und Gesellschaft nicht wundern.“

Trittin verlangte die Abschaffung von Gelöbnissen und kritisierte diese als Militarisierung des öffentlichen Raumes. Der grüne Vorstandssprecher scheute sich nicht, das öffentliche Gelöbniß der Bundeswehr mit den öffentlichen Vereidigungen zu Zeiten des Nationalsozialismus zu vergleichen: „Solche Veranstaltungen hat es bislang nur im Faschismus gegeben.“

Bundesweite Anti-Gelöbniß-Kampagne

Berlin war jedoch kein Einzelfall: In **Frankfurt/Oder** lehnten PDS, SPD und Grüne am 20. April ein für den 15. August in der Oderstadt geplantes öffentliches Gelöbniß als „nicht zeitgemäß“ ab. Für SPD, Grüne und PDS waren die Soldaten gut genug, im Sommer 1997 beim Oderhochwasser Sandsäcke zu schleppen und so entscheidend dazu beizutragen, die Oderstadt zu schützen. Zu einem öffentlichen Gelöbniß war die Bundeswehr dann nicht mehr willkommen. Selbst nachdem die Absage bundesweit auf Entrüstung

gestoßen war, blieben Grüne und PDS bei ihrer ablehnenden Haltung.

In **Hamburg** lehnten SPD und Grün-Alternative Liste im Januar 1998 einen CDU-Antrag für ein Gelöbnis ab. Im Mai 1998 sagte die Bundeswehr nach Unstimmigkeiten mit SPD-Bürgermeister Scherf ein in **Bremen** geplantes Gelöbnis ab. Die Grünen hatten sich von vornherein gegen das öffentliche Gelöbnis ausgesprochen.

In **Siegen** bezeichneten die Grünen das dort am 24. April durchgeführte öffentliche Gelöbnis als „überflüssig“. Grüne Kommunalpolitiker und Bundestagsabgeordnete nahmen gemeinsam mit Jungsozialisten und anderen linken Gruppen an einem „Aktionsbündnis gegen Gelöbnisspektakel“, das auch PDS-Spitzenpolitiker einlud, teil. Die grüne stellvertretende Bürgermeisterin lehnte ein Grußwort ab: „Die Teilnahme an einer solchen Veranstaltung stellt für mich eine persönliche Zumutung dar.“

Gestörtes Verhältnis zur Bundeswehr

Vorstandssprecher Trittin erneuerte am 18. Juni seine scharfe Kritik an öffentlichen Gelöbnissen. Diese seien „vordemokratische Rituale“ und ein „Relikt des Kalten Krieges“. Bundesverteidigungsminister Rühle bringe die Bundeswehr durch die öffentlichen Gelöbnisse in die Nähe einer „ausgeprägten Tradition öffentlicher Gelöbnisse“, die es in Deutschland nur in der Zeit des Nationalsozialismus gegeben habe.

Trittin fiel schon in früherer Zeit mit scharfer Kritik an öffentlichen Gelöbnissen auf. So bezeichnete er das Gelöbnis als ein „perverses Ritual“ (dpa, 30. Mai 1996) und bemerkte, „auch die Nazis haben ja mit Enthusiasmus solche Veranstaltungen durchgeführt“ (Die Welt, 15. Januar 1998). Trittins haßerfüllte Tiraden zeigen, wie wenig er vom inneren Gefüge der Bundeswehr und vom „Staatsbürger in Uniform“ verstanden hat. Sowohl die außenpolitischen Sprecher der Grünen wie auch der geschäftsführende Bundes- und Fraktionsvorstand stellten sich hinter Trittin. Dies zeigt deutlich, wie gestört das Verhältnis der Grünen zur Bundeswehr ist.

Bundesverteidigungsminister Volker Rühle am 4. Februar 1998 vor dem Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestages:

Das öffentliche Gelöbnis ist das feierliche Bekenntnis junger Rekruten, unserem Land treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer

WAHL- KAMPF 1998

zu verteidigen. Dieses Versprechen leisten alle Soldaten dem Staat und seinen Bürgern. Das öffentliche Gelöbnis ist eine würdevolle Veranstaltung und nur mit einem schlichten militärischen Zeremoniell verbunden. Es hat weder einen martialischen Charakter, noch ist es antiquiert. Es unterliegt auch nicht dem Zeitgeist. Das öffentliche Gelöbnis unterstreicht, daß unsere Bundeswehr einen festen Platz in der Demokratie hat - es demonstriert zugleich die Verbundenheit der Bürger mit den Soldaten.

Endbericht als Beleg für Neutralität und Toleranz

Zur Präsentation des Endberichts der Enquête-Kommission „Sog. Sekten und Psychogruppen“ im Plenum des Deutschen Bundestages erklärte der Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ronald Pofalla:

Nach zwei Jahren intensiver Beschäftigung mit dem Phänomen neuer religiöser und ideologischer Gemeinschaften und Psychogruppen stellen wir heute unseren Abschlußbericht vor. Bei der Bewältigung dieser Aufgabe sind wir von einigen Seiten immer wieder angegriffen worden. Der Vorwurf, ein Inquisitions-gremium zu sein, hat sich indes nicht im geringsten bestätigen können.

Alle diejenigen, die die Arbeit der EK dennoch kritisiert haben, können nunmehr endlich genau nachlesen, was sie schon seit längerer Zeit vermeintlich zu kennen vorgeben: unsere Handlungsempfehlungen.

Allen Unkenrufen zum Trotz dürfte endlich bewiesen sein, daß diese Empfehlungen an den Deutschen Bundestag Garant für die Toleranz und Neutralität sind, mit der die Enquête-Kommission ihren Auftrag erfüllt hat.

Oberstes Fazit unserer zweijährigen Tätigkeit ist nämlich:

Keine Einschränkung der Religions- und Weltanschauungsfreiheit! Keine Änderung der verfassungsrechtlichen Situation!

Betont wird allenfalls die Schutzwürdigkeit des einzelnen

- in seiner Freiheit bzw. Entscheidungsgewalt
- in gesundheitlicher Hinsicht
- in finanzieller Hinsicht.

Der Schutz des einzelnen und seiner Interessen zieht sich als Prämisse wie ein roter Faden durch unsere Handlungsempfehlungen:

So sind wir etwa zu dem Ergebnis gekommen, daß es eben keine spezifische „Sektenbiographie“ gibt, und daß die lebensgeschichtlich relevanten Aspekte in der öffentlichen Diskussion stärker berücksichtigt werden müssen.

Der Großteil unserer Handlungsempfehlungen versteht sich vor dem Hintergrund der unmittelbar aus den Grundrechten bestehenden Verpflichtung des Staates, ein geschütztes Rechtsgut, insbesondere Leben und die körperliche Unversehrtheit, vor rechtswidrigen Verletzungen durch Dritte (und zwar auch Private) zu verbieten. Diese Verpflichtung des Staates besteht – ganz nebenbei bemerkt – auch völlig unabhängig von religiös-weltanschaulichen Aspekten gegenüber sämtlichen rechtswidrigen Verletzungen des Individuums.

Eine Art Verbraucherschutz

In diesem Sinne wird auch etwa ein Gesetz zur Regelung der gewerblichen Lebensbewältigungshilfe empfohlen, um den Schutz des einzelnen vor der Übernahme allzu unüberschaubarer Vertragsverpflichtungen zu gewährleisten. Vergleichbar ist das hier zur Beratung empfohlene Gesetz mit dem bereits geltenden Haustürwiderrufgesetz bzw. anderen Verbraucherschutzgesetzen. Es dient allein dem Schutz vor Übervorteilung und der Präzisierung der gegenseitig übernommenen Vertragspflichten.

Gleiches gilt z. B. auch für die Definition der Heilkunde im Heilpraktikergesetz.

In der Regel keine passiven Opfer

Ortrun Schätzle in der Bundestagsdebatte zum Endbericht der Enquete-Kommission „Sogenannte Sekten und Psychogruppen“:

Ein von der Enquete-Kommission in Auftrag gegebenes Forschungsprojekt hat erbracht, daß Menschen, die sich zu sogenannten Sekten und Psychogruppen hingezogen fühlen, in der Regel keine passiven Opfer sind. Vielmehr suchen sie ihre Wünsche und Erwartungen mit „passenden“ Gruppenangeboten zu befriedigen. Die Angebote der Gruppen können für den einzelnen einen großen Zugewinn bedeu-

ten. Sie können aber auch zu erheblichen und schweren Konflikten führen, für deren Bewältigung intensive Hilfestellung notwendig ist.

Staatliches Handeln ist dann notwendig, wenn unter dem Schutzschild der Religionsfreiheit gegen Grundrechte verstoßen wird.

Aber auch unterhalb der Schwelle zwingend notwendigen staatlichen Handelns sollte der Staat Bürgerinnen und Bürger mit den notwendigen Mitteln versehen, damit sie sich vor Übervorteilung und Schädigung schützen können.

Diese soll ebenfalls allein der Klarstellung und genaueren Abgrenzung von unseriösen Anbietern dienen. Neben dem Schutz des Heil- und Hilfesuchenden kommt die Empfehlung auch den seriösen Heilpraktikern zugute. Dies gilt auch für die empfohlene Überprüfung einheitlicher Zulassungsvoraussetzungen zur Heilkundeausübung. Hierdurch soll der Nachweis der erforderlichen Qualifikation – u. a. auch als Qualitätsstandard – sichergestellt werden.

Auch im Psychotherapeutengesetz ist sicherzustellen, daß eine ausreichende psychotherapeutische Versorgung mit wissenschaftlich anerkannten Methoden – auch oder gerade zur Behandlung von Psychomarkt-Opfern bzw. Aussteigern – gewährleistet wird.

Im Bereich Okkultismus und Satanismus empfehlen wir gerade keine Änderung der bestehenden gesetzlichen Regelungen. Hier ist lediglich deren konsequenter Anwendung erforderlich. Empfohlen werden vielmehr vermehrte Aufklärungsveranstaltungen sowie insbe-

sondere bei den Strafverfolgungsbehörden die Schaffung von Dezernaten mit Schwerpunkt für Straftaten mit okkultem Hintergrund.

Was schließlich die Fortsetzung der Beobachtung der Scientology-Organisation durch den Verfassungsschutz anbelangt, so ist dies die logische und notwendige Konsequenz unserer Empfehlungen aus dem Zwischenbericht im vergangenen Jahr. Die Aufgabe der verfassungsfeindlichen Ziele der Scientologen ist bislang nicht ersichtlich.

Breiter Konsens

Diese unsere Handlungsempfehlungen haben – trotz umfangreicher Diskussionen in Einzelbereichen – einen breiten Konsens in der Kommission gefunden.

Im Ergebnis bin ich sicher, daß wir dem Bundestag mit unseren Handlungsempfehlungen ein brauchbares Instrumentarium zum verbesserten Umgang mit neuen religiösen und ideologischen Gemeinschaften und Psychogruppen an die Hand geben. ■

Die Versäumnisse der Länder sind der eigentliche Skandale

Zu den neuen Vorwürfen gegen Bundesumweltministerin Angela Merkel im Zusammenhang mit den Atommülltransporten erklärte der Berichterstatter für Kernenergiefragen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Kurt-Dieter Grill:

Wenn ausgerechnet SPD und Grüne der Bundesumweltministerin Versäumnisse vorwerfen, so ist dies besonders niederträchtig. Gerade die schlampige Atomaufsicht in den roten bzw. rot/grünen Ländern Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Hessen haben dazu geführt, daß nichts gegen die Transporte unternommen worden ist.

Die Tatsache, daß die Atomaufsicht des Landes Schleswig-Holstein seit 1994 über die erhöhten Kontaminationen der Brennelement-Transportbehälter informiert war und dennoch nicht gehandelt hat, zeigt, daß Landesminister Claus Möller (SPD) seiner Verantwortung nicht gerecht geworden ist. Entscheidend ist, daß die Vorkommnisse den zuständigen Bundesbehörden nicht gemeldet wurden, keine Untersuchungen über die Ursache der Kontamination eingeleitet und keine Informationen an andere Bundesländer gegeben wurden, um sie auf mögliche Fehler aufmerksam zu machen bzw. zu prüfen, ob in anderen Ländern ähnliche Vorfälle zu verzeichnen waren.

Energieminister Claus Möller, der dafür in Schleswig-Holstein die alleinige Verantwortung trägt, hat offensichtlich versagt.

Entsprechendes gilt für Niedersachsen und Hessen. So wurden in der Amtszeit der früheren niedersächsischen Umweltministerin Griefahn im Kernkraftwerk Grohnde im Beisein des von der Aufsichtsbehörde hinzugezogenen Gutachters Grenzwertüberschreitungen festgestellt.

Dazu kommt die Verquickung zwischen Atomaufsicht und Aufsichtsratsmandaten bei der Preußen Elektra, die unverzüglich beendet werden muß. Ministerpräsident Gerhard Schröder und Energieminister Claus Möller müssen sofort ihre Aufsichtsratsmandate niederlegen. Gerhard Schröder hat bis heute seine Ankündigung eines starken Durchgreifens im Aufsichtsrat der Preußen Elektra nicht in die Tat umgesetzt. In Bonn wird ein Horrorszenarium entworfen, und in Hannover nehmen Schröder und Jüttner Rücksicht auf die Unternehmen.

In diesem Zusammenhang muß daran erinnert werden, daß die ehemalige Umweltministerin Monika Griefahn von 1990-1998 als Vorgängerin von Schröder dem Aufsichtsrat der Preußen Elektra angehörte. Hat sie geschwiegen, weil die SPD die Transporte der Preußen Elektra nach La Hague duldete? Damit werden immerhin die Transporte nach Gorleben vermieden.

Wie handlungsfähig ist eine Atomaufsicht, wenn sie im Aufsichtsrat der Kernkraftwerksbetreiber sitzt?

**Unsere
Elektronischen
Adressen:**

● INTERNET
<http://www.cdu.de>

● T-ONLINE
*CDU#

● X 400
c= de; a= dbp;
p= cdu; s= bund

● E-MAIL: post@www.cdu.de

Argumente

Die Auswirkungen der Rentenreform 1999

In Gesprächen mit älteren Bürgerinnen und Bürgern kommt nicht selten die Befürchtung zur Sprache, daß die Rentenreform 1999 durch die Einführung eines Demographiefaktors zur Stabilisierung der Gesetzlichen Rentenversicherung für Versicherte und Rentner Belastungen mit sich bringe.

Diese Befürchtung ist unbegründet.

Sie sollten, wenn Sie darauf angesprochen werden, Ihrem Gesprächspartner klarmachen:

Durch den demographischen Faktor in der Rentenformel wird zwar das Nettorentenniveau von heute 70 Prozent auf voraussichtlich 64 Prozent im Jahr 2030 sinken.

Es wird aber keine Rentenkürzung durch die Reform geben.

Die Renten steigen künftig allerdings langsamer, weil die längeren Rentenlaufzeiten, die sich aus der durchschnittlich längeren Lebenserwartung ergeben, bei den jährlichen Rentenanpassungen berücksichtigt werden.

Ihr Gesprächspartner wird wissen wollen, worauf die 70 bzw. 64 Prozent zu beziehen sind.

Die nicht ganz einfache Antwort lautet:

Das Nettorentenniveau gibt das Verhältnis einer Rente nach 45 Arbeitsjahren mit Durchschnittsverdienst nach Abzug der Beiträge zur Sozialversicherung zum durchschnittlichen Nettoverdienst in Prozent an. Zur Zeit liegt dieser Wert etwa bei 70,1 Prozent. 1965 lag das Rentenniveau bei 59,3 Prozent, 1985 bei 71,8 Prozent und 1990 (in den alten Bundesländern) bei 67,6 Prozent.

Gewinner

der Rentenreform 1999 sind durch die Anerkennung von Zeiten der Kindererziehung vor allem die Frauen.

Verbesserungen

für die Leistungsberechtigten ergeben sich

- durch die Erleichterung der versicherungsrechtlichen Voraussetzungen bei den Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und
- durch eine Erweiterung des Vertrauensschutzes bei der vorzeitigen Inanspruchnahme der Rente für Arbeitslose, Frauen und langjährig Versicherte.

Weitere Neuerungen

Das Rentenreformgesetz 1999 sieht unter anderem vor

- eine Angleichung der Altersgrenzen,
- eine Neuregelung der Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und
- neue Maßnahmen bei der betrieblichen Altersversorgung.

Das Rentenreformgesetz tritt stufenweise in Kraft. Ein Teil der Neuregelungen ist bereits - zum Teil mit Rückwirkung - in Kraft getreten und wird daher schon heute bei der Erteilung des Rentenbescheids berücksichtigt. Andere Reformelemente werden ihre Wirkung erst später entfalten:

- die Einführung eines demographischen Faktors zum 1. Januar 1999,
- die Änderungen im Bereich der Alters- und Erwerbsminderungsrenten zum 1. Januar 2000,
- die Verbesserungen bei der Anerkennung von Zeiten der Kindererziehung im wesentlichen bereits zum 1. Juli dieses Jahres.

Kindererziehungszeiten:

Auf 85 Prozent des Durchschnittsentgelts werden die Kindererziehungszeiten von derzeit 75 Prozent am 1. Juli angehoben. Ab 1. Juli 1999 erfolgt eine Bewertung mit 90 Prozent. Mit dem 1. Juli 2000 werden 100 Prozent erreicht.

Insgesamt steigen die Renten von rund 80 Prozent aller Rentnerinnen

bei den nächsten drei Rentenanpassungen stärker, als es dem allgemeinen Rentenanpassungssatz entspricht.

Pro Jahr Kindererziehung werden nach Abschluß der Anhebung Rentenanwartschaften berücksichtigt, die - in aktuellen Werten - einem versicherungspflichtigen Bruttoentgelt von rund 54.000 Mark in den alten bzw. rund 45.000 Mark in den neuen Bundesländern entsprechen.

Unterstellt werden danach fiktive Beitragszahlungen in Höhe von rund 10.900 bzw. 9.100 Mark pro Jahr.

Von den Reformmaßnahmen profitieren vor allem die jüngeren Frauen. Denn für Kinder, die vor 1992 geboren wurden, werden jeweils ein Jahr, für nach 1991 geborene Kinder drei Jahre Kindererziehungszeiten angerechnet.

Neu ist die Regelung, Kindererziehungszeiten bei der Rentenberechnung additiv zu bereits vorhandenen Beitragszeiten anzurechnen. Damit ist einer Forderung des Bundesverfassungsgerichts gefolgt worden.

Diese Neuregelung kann sich in Rentenerhöhungen von bis zu rund 36 Mark monatlich in den alten bzw. 30 Mark in den neuen Bundesländern für jedes Jahr Kindererziehung auswirken.

Schröder: „Man muß sehen“

8. Dezember 1996:

„... unser Ziel sollte schon sein, auf 40 Prozent beim Spitzensteuersatz zu kommen.“ (FAZ)

23. Februar 1997:

„... warum sollte man den Spitzensteuersatz für sonstige Einkommen auf 39 Prozent runterfahren? Nicht mit uns, der muß oben bleiben.“ (Stern)

26. März 1997:

„Ob man's bei 53 läßt oder runter geht, muß man sehen.“ (taz)

Die SPD verspricht

Entlastung für die Durchschnittsfamilie. Da die Reform nichts kosten darf, zahlen Arbeitnehmer und Arbeitslose die Zeche.

Die SPD verspricht

eine Senkung des Eingangssteuersatzes auf 21,9 Prozent: ein Tropfen auf den heißen Stein.

Die SPD verspricht

eine Senkung des Höchststeuersatzes auf 49 Prozent.

Die SPD verspricht

sich nichts vom Mittelstand. Er kommt deshalb im SPD-Steuerkonzept auch nicht vor.

Die SPD will

eine Mindeststeuer: So wird das Steurecht noch komplizierter: von Gerechtigkeit und Einfachheit meilenweit entfernt.

Die CDU will

eine spürbare Nettoentlastung für alle. Damit schaffen wir mehr Wachstum und neue Arbeitsplätze.

Die CDU will

eine drastische Senkung auf 15 Prozent, damit untere Einkommen mehr Geld in der Tasche haben.

Die CDU will

39 Prozent in der Spitze. Nur dann wird wieder mehr in Arbeitsplätze investiert.

Die CDU stärkt

den Mittelstand mit einem leistungsfreundlichen Steuertarif.

Die CDU will

niedrige Steuersätze und weniger Ausnahmen. Steuervermeidung und Schattenwirtschaft sollen unattraktiv werden.

Unsere große Steuerreform:
niedriger + einfacher = gerechter

CDU

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
53014 BONN
PVSt, DEUTSCHE POST AG
ENTGELT BEZAHLT.

Helmut Kohl

● Broschüre Helmut Kohl

Seit 25 Jahren steht Helmut Kohl als Vorsitzender an der Spitze der CDU. Diese Dokumentation stellt Kommentare über Helmut Kohl und die wichtigsten Stationen seines politischen Wirkens zusammen.

Bestell-Nr.:
5427

Verpackungseinheit:
25 Expl.
Preis je
25 Expl.:
25,00 DM

**Bestellungen
an:**

IS-Versandzentrum • Postfach 1164
33759 Versmold • **Telefax (0 54 23) 4 15 21**
E-Mail: georg.simon@bertelsmann.de

Alle Preise zzgl. MwSt. und Versand*

UiD

21/1998

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König. **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 40, e-mail: ernst.neuper@bg.cdu.dbp.de, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119. **Vertrieb:** Tel. (02 28) 53 07-1 89. **Verlagsleitung:** Bernd Proffittlich. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 60,- DM. Einzelpreis 1,60 DM. **Herstellung:** VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.